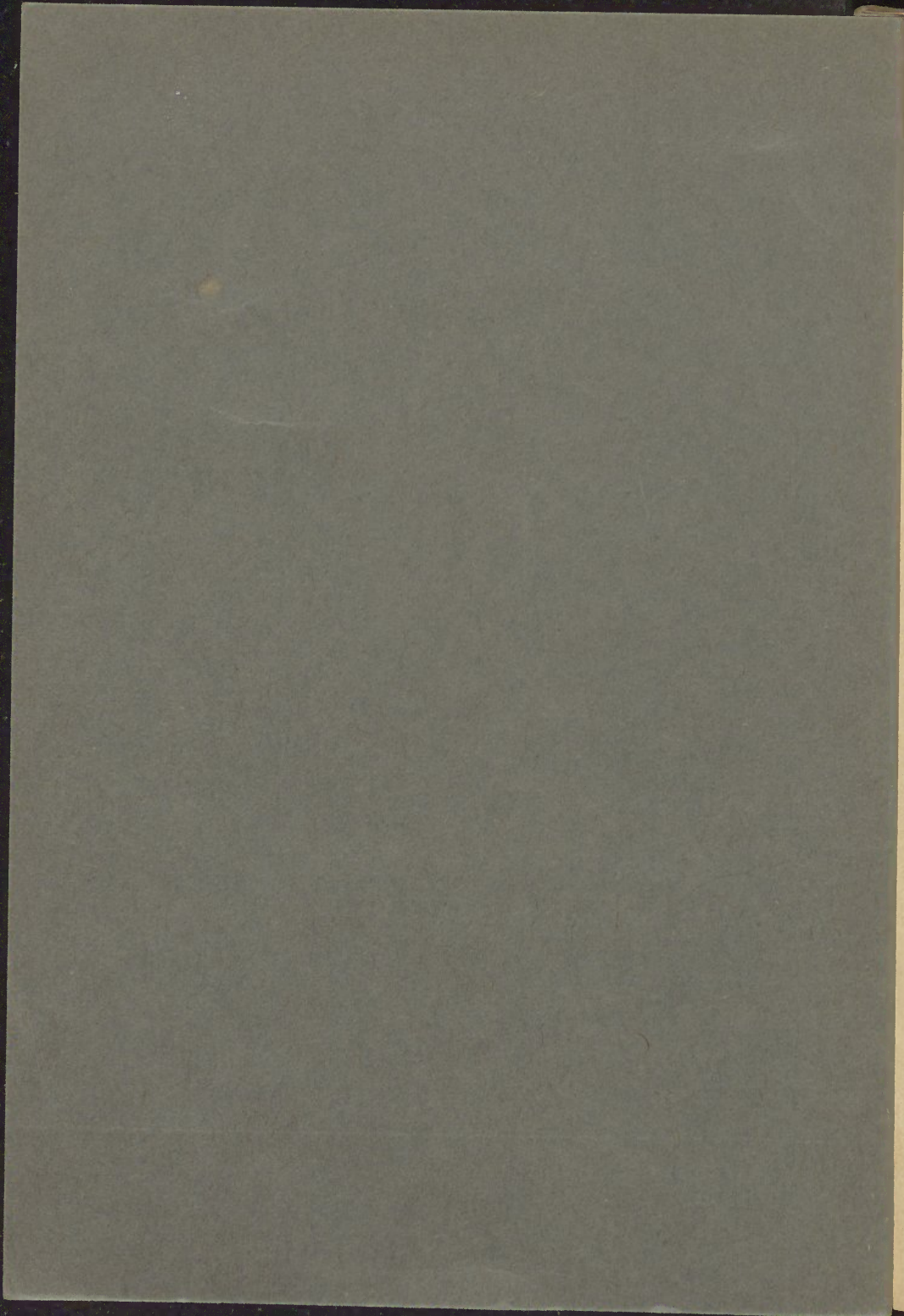


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9641



Arbeitsrecht und Bodenreform.

Eine Auseinandersetzung
mit meinen Kritikern.

Von

Ferdinand Gilles.

Verfasser von „Demokratie und Bismarck.“

5782

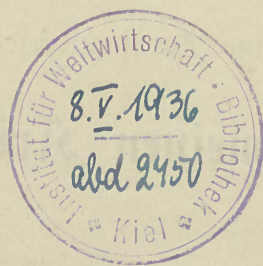


Leipzig.

Verlag von Franz Duncker.

1885.





Inhalt.

	Seite
Vorwort.	
I. Arbeitsrecht und Bodenreform	3
1. Meine Erklärung des Arbeitsrechts	3
2. Meine Stellungnahme gegenüber dem Bodenmonopol	8
II. Die Einwendungen meiner Kritiker	13
a) Stimmen aus dem gouvernementalen Lager	13
b) Einwendungen von clericaler Seite	17
c) Einwendungen von liberaler Seite	18
III. Entgegnung	27
1. Bezüglich des Arbeitsrechts	27
2. In Betreff der Bodenreform	43

Inhalt

	Einleitung	1
I	Die Bedeutung der Volkswirtschaftslehre	1
II	Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre	1
III	Die Methoden der Volkswirtschaftslehre	1
IV	Die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre	1
V	Die Wirtschaftssysteme	1
VI	Die Wirtschaftspolitik	1
VII	Die Wirtschaftsgeschichte	1
VIII	Die Wirtschaftswissenschaften	1
IX	Die Wirtschaftsinformatik	1
X	Die Wirtschaftsjurisprudenz	1
XI	Die Wirtschaftsethik	1
XII	Die Wirtschaftskultur	1
XIII	Die Wirtschaftssportwissenschaft	1
XIV	Die Wirtschaftskunde	1
XV	Die Wirtschaftskunst	1
XVI	Die Wirtschaftskritik	1
XVII	Die Wirtschaftskommunikation	1
XVIII	Die Wirtschaftskommunikation	1
XIX	Die Wirtschaftskommunikation	1
XX	Die Wirtschaftskommunikation	1

Vorwort.

Es kann unter Umständen ein mißliches Ding sein, wenn ein Autor sich öffentlich mit seinen Kritikern auseinandersetzen muß; ja es ist dann unter allen Umständen eine unzweifelhaft schlimme Sache, wenn die Auseinandersetzung nicht aus sachlichen, sondern aus persönlichen Gründen erfolgt, nämlich zur Wahrung der gefährdeten Schriftstellerehre des sich zur Wehr setzenden Autors. Da wird nämlich immer etwas hängen bleiben.

In dieser Lage befinde ich mich erfreulicher Weise nicht. Im vorliegenden Falle ist es mir vielmehr nur darum zu thun, im Interesse der Sache, für die ich eintrete, die kritische Mitwirkung gegnerischer Publicisten systematisch nutzbar zu machen. Dies denke ich zu thun, indem ich untersuche, inwieweit die gestrengen Beurtheiler meiner Vorschläge objektiv im Rechte sind und ihre Einwendungen somit Beachtung heischen, oder aber inwiefern subjektive Voreingenommenheit ihr Urtheil getrübt hat.

Ich hoffe, daß durch diese Auseinandersetzung, die ich leidenschaftlos mit ruhigem Erwägen vornehme, wiederum etwas mehr Licht über die beiden wichtigen Fragen des Arbeitsrechtes und der Bodenreform verbreitet wird, und den betreffenden Kritikern, welche dies veranlaßt haben, bin ich dafür aufrichtig verbunden. Widerspruch muß eben sein; nur aus Widersprüchen pflegt sich schließlich die den Fortschritt zeugende Erkenntniß der Wahrheit herauszuschälen. Ohne Reibung keine gesunde Entwicklung. Selbst das keimende Samen Korn bedarf zu seinem Gedeihen des zu überwindenden Widerstandes des auf ihm ruhenden Erdreichs.

Diese Gegen- oder Ergänzungsschrift habe ich nun so eingerichtet, daß den Auslassungen meiner Gegner ein übersichtlicher Auszug aus den beiden am meisten kritisirten Kapiteln der Schrift „Demokratie und Bismarck“ vorgeht. Die Kritiken folgen einander in wortgetreuem Abdruck. Daran knüpft sich alsdann meine Entgegnung, welche neben neuen Argumenten auch einige neue Reformvorschläge enthält, die auf die Beseitigung des parasitenartigen Rentenwesens abzielen, sei es immer in welcher Form dieses nachtheilig auf die wirthschaftlichen Verhältnisse einwirkt.

Düsseldorf, Ende Januar 1885.

Der Verfasser.

I. Arbeitsrecht und Bodenreform.

1. Meine Erklärung des Arbeitsrechts.*)

Das Recht auf Arbeit ist im Grunde genommen nichts als das Recht der Arbeit auf mindestens denselben Schutz, den die staatliche Gesetzgebung dem Sachenbesitz gewährt. Durch Arbeit soll der Mensch sein Brod verdienen, durch Arbeit seine Existenz sichern. Wie er ein Recht zu existiren hat, so hat er ein Recht auch zu verlangen, daß ihm seine Existenzberechtigung nicht durch widernatürliche Gesellschaftseinrichtungen beschränkt und nicht durch sociale Zustände, welche die vernunftgemäße Ordnung der Dinge in ihr Gegentheil verkehren, genommen werde. Der Mensch hat ein Recht, von der Gesellschaft zu verlangen, daß diese ihm sein natürliches Arbeitsrecht durch Schaffung und Erhaltung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse verbürge.

Dieses Recht nun bedingt weder Staatswerkstätten, noch eine zwangsweise Organisation der Arbeit; es steht in irgend einer Beziehung weder zu dem öffentlichen Armenwesen noch auch zu den Theorien des „Socialismus.“ Die Arbeit, als die Erhalterin des menschlichen Lebens, fordert ja vor allen Dingen die ihr gebührende Achtung und Ehre. Diese findet sie nicht in Staatswerkstätten, nicht in der Zwangs-Organisation der Productivität, am wenigsten aber in der einem Almosen gleich gewährten Beschäftigung in Arbeitshäusern, Arbeitercolonien und dergl. Das Recht auf Arbeit bedingt freie und geehrte Arbeit, es stellt an die Gesellschaft die Forderung, den Fluch wegzunehmen, der heute auf der Arbeit als der Zwillingsschwester des Elends lastet.

Das Recht auf Arbeit ist das natürliche Recht auf eine menschenwürdige Existenz für Jeden, der ein Menschenantlitz trägt. Unter der Herrschaft des germanischen Rechts hat der Staat als berufener Beschützer des Wirthschaftlich-Schwachen, dieses Recht allen seinen Angehörigen gewährleistet. Mit dem Einzug des römischen Rechts jedoch und seinen barbarischen wirthschaftlichen Grundsätzen begann für uns das Zeitalter des Pauperismus und

*) Bgl. „Demokratie und Bismarck“, Kap. V, S. 80 ff.

des Proletariats. Jeder hatte ja nunmehr ein gesetzliches „Recht“, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl und das Wohl seiner Mitmenschen, ausschließlich seinen eigenen Vortheil zu suchen; es kümmerte Niemanden mehr, wie viele seiner Mitmenschen er durch seine Sucht nach Gewinn zu Grunde richtete. Der Eigenthümer war zum unumschränkten Herrn dessen geworden, was er sein eigen nannte, ihm stand es zu, nach Willkür damit zu schalten, oder auch es zwecklos oder nutzlos liegen zu lassen, mochten um ihn her tausende von Verdürftigen verschmachten und umkommen. Der Besitzer unermesslicher Schätze kannte keine Verantwortung, keine Pflichten mehr gegenüber seinen darbenden Mitmenschen. Das Gefühl der Gemeinschaft war ja zerstört und die ehrenvolle Stellung der Arbeit im wirthschaftlichen Leben durch Gesetzeskraft vernichtet. Die Arbeit hörte auf, der vornehmste Erwerbsgrund zu sein; der Begriff von der gerechten Vertheilung des Arbeitsertrages kam abhanden. So wurde der Zerfall der arbeitenden Klassen vorbereitet und dem wirthschaftlichen Ruin des Volkes Thor und Thür geöffnet. Nicht lange mehr — und man sprach von dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. —

Ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit besteht in der That; aber es ist nicht das Kapital schlechtweg, von welchem die Arbeit sich bekämpft sieht. Es giebt zweierlei Kapital. Wo das Kapital eine reelle Verbindung mit der Arbeit eingeht, wo es mit schafft und wagt, da gebührt ihm mit Fug und Recht ein im richtigen Verhältniß zur Leistung stehender Antheil an dem Arbeitsproduct. Aber man muß scharf unterscheiden zwischen diesem productiven und dem aufsaugenden Kapital des speculativen Börsianers. Das erstere ist unentbehrlich im wirthschaftlichen Leben, es ist in Wahrheit der nervus rerum, das Lebensblut der ringenden Gesellschaft. Ihm gebührt der Schutz des Gesetzes, und es verdient nicht, daß neidische Mißgunst ihm den Krieg erkläre. Im freundschaftlichen Bunde mit der werththätigen Arbeit nimmt es wesentlichen Antheil an der Vermehrung der allgemeinen Güter; der Arbeiter leidet Noth, wo es an diesem wohlthätigen Kapital, dem Erbtheil verflossener Arbeit, gebricht. Selbst wenn der Kapitalist keinen intellectuellen Antheil an der Arbeit nimmt, sondern als stiller Theilhaber oder als solider Actionär oder Gesellschafter nur seinen Gewinn einsteckt, selbst dann producirt er mit; er nimmt ja theil an allen Chancen, nicht an dem Gewinn nur, sondern auch am Verlust. Er kann darum nicht als absolut unthätig gelten.

Ganz anders verhält es sich mit dem speculativen Großkapital, mit dem Sündengeld der Jobberei und des Fingerrhums, sowie mit dem der Bodenwucherer. In diesem, das nicht mitthätig sein will, sondern, wo es sich zeigt, immer nur die Sahne abschöpft und nach Vorwegnahme des Löwenantheils den productiv thätigen Factoren potenzierte Schwierigkeiten hinterläßt, in diesem

*also kein Kampf
etc.*

verderblich wirkenden Raub- und Wucherkapital haben wir einen der Haupturheber des modernen Pauperismus vor uns. Dieses Kapital, das so sehr sich Selbstzweck ist, daß es keinen anderen Götzen neben sich duldet, ist einer der schlimmsten Feinde der civilisirten menschlichen Gesellschaft; es ist der Despot, der die Arbeit geknechtet und das Arbeitsrecht unterdrückt hat. Blutigeln und Vampyren gleich, saugt es ganzen Volksschichten das Blut aus. Wo immer es sich aus Gewinnsucht an der Production theilnimmt, da hält es Abschlachtungen, grausamer als die naturwüchsiger Cannibalen. Keine Habgier ist unerfättlicher, als die des goldenen Kalbes; kein Despotismus niederdrückender und entwürdigender, als der des Geldsacks. Kalt und hart lastet der in's Unendliche wachsende Goldklumpen auf dem Nacken des Arbeiters, ihn niederhaltend, damit der Gefnechtete den Blick nicht erhebe zu dem Sonnenlicht der Freiheit.

Hier ist eine Stelle, an welcher der Staat den Hebel seiner Gesetzgebung einzusetzen hat: er muß die schmähvollen Ketten zerreißen, mit denen die ehrliche Arbeit, einem Prometheus gleich, an den Wuchersfelsen des selbstsüchtigen Kapitalismus geschmiedet ist. Es gilt da eine Befreiungsthat, welche gesetzliche Fixirung eines Minimaltheils des Arbeiters an der Frucht seiner Arbeit heißt. Geben wir dem Menschen ein Recht auf einen seine Existenz sichernden Antheil an der Production, indem wir die Arbeit vor denen schützen, die an dem Ertrage derselben ein Beuterecht zu haben glauben. Wie das gemacht werden kann? Einfach dadurch, daß wir etwa die folgende gesetzliche Bestimmung erlassen: Dem Arbeiter gebührt im allgemeinen — eine specielle Regelung vorbehalten — ein Productantheil von mindestens der halben Höhe des Werthes der von ihm geleisteten Arbeit. Arbeitsverträge, die dieser Bestimmung zuwider sind, haben keine Rechtsgültigkeit und ziehen die Bestrafung der betreffenden Arbeitgeber nach sich. Der Werth der Arbeit wird ermittelt, indem man den Preis der verwendeten Rohstoffe von dem ortsüblichen Verkaufspreise der fertigen Waare in Abzug bringt. —

Es giebt in manchen Großstädten, z. B. in Berlin, Magazininhaber, die mühevollste Arbeit fast niedriger noch lohnen, als die im Preise schon so tief stehende Gefängnißarbeit. Ist das kein Wucher, nicht schimpflicher Wucher? Ist dieser Wucher, getrieben mit der Arbeitskraft von Mitmenschen, nicht verwerflicher, als der mit Geld und Gut? Ich dünke, der Gesetzgeber brauchte da nur ein klein wenig mehr Consequenz zu üben, und die Lösung dieser „unlösbaren und darum gefährlichen“ Frage wäre von selbst gegeben. Der Wucher ist nach den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches dahin definirt, daß sich dieses Verbrechen schuldig mache, wer die Nothlage, den Leichtsinns oder die Unerfahrenheit eines Andern so ausbeutet, „daß nach den

Umständen des Falles die Vermögensvorthelle in auffälligem Mißverhältniſſe zu der Leistung ſtehen.“ Dieſe Beſtimmung ließe ſich mit Leichtigkeit auf die Ausbeutung der Arbeitskraft von Mitmenſchen ausdehnen, womit dann dem Magazinſclaventhum geſteuert werden könnte. Die Befürchtung, Strafgeſetzparagraphen gegen den Lohnwucher würden eine Verſchärfung des Gegenſatzes von Arbeitgebern und Arbeitern zur Folge haben, iſt durchaus unbegründet; dann hätten ja auch die Paragraphen, die den Geldwucher mit Strafe bedrohen, das Verhältniß zwischen der Geſellſchaftsclaſſe der Gelddarleiher und derjenigen der Entleiher verbittern müſſen.

Es handelt ſich dabei auch keineswegs darum, die Erwerbsfreiheit des Einzelnen zu beeinträchtigen; es ſollen dieſer nur ſolche Schranken geſtellt werden, welche von dem berechtigten Intereſſe der Geſamtheit nothwendig gefordert werden. Der ſtaatliche Schutz, den der Wirthſchaftlich-Schwache dem allzu gewinnſüchtigen Starken gegenüber heiſcht, iſt eben nur eine Beſchränkung, die nicht gegen die Erwerbsfreiheit, ſondern gegen den Mißbrauch derſelben gerichtet iſt. Das iſt derſelbe Schutz, den unſere bürgerliche und ſtrafrechtliche Geſetzgebung heute ſchon dem Leben und Eigenthum des Einzelnen gewährt. —

Es iſt ein gewaltiger Irrthum, wenn man meint, das Recht auf Arbeit involvire eine ſtaatliche oder communale Verſorgungspflicht in dem Sinne der vulgären Unterſtützung. Auch hat das Recht auf Arbeit keineswegs, wie man behauptet, zur Vorausſetzung eine unbegrenzte Productionsmöglichkeit, d. h. einen durch den Staat beliebig anzuordnenden Abſatz. Es ſoll durchaus nicht mehr producirt werden, als conſumirt werden kann; das aber, was die uneingeſchränkt conſumirende Menſchheit unter wahrhaft freien und gleichen Wirthſchaftsverhältniſſen zu conſumiren vermag, das ſoll unter allſeitigſter Betheiligung und nach der Maßgabe producirt werden, daß die techniſchen Mittel nicht einzelnen Bevorzugten, ſondern der ganzen Geſellſchaft zu ſtatten kommen. Die Maſchine ſoll nicht concurriren mit der menſchlichen Arbeitskraft, ſondern dieſer lediglich als ſchonende Hülfskraft dienen. Heute iſt es umgekehrt, die ganze Productionszunahme durch die Verbeſſerung der Erzeugungsmittel kommt nicht der Arbeit zu Gute, ſondern nur dem Kapitalismus, der im Privatbeſitz an Grund und Boden einen ſolchen Rückhalt hat, daß ſich ſeine Macht ohne weiteres mit der wachſenden Bevölkerung und zwar zu deren Nachtheil vermehrt. Der materielle Fortſchritt dient nicht Denen, die ihn hervorbringen; er iſt ein Sklave der Bodenmonopolisten und ſchleppt dieſen zu, was er der arbeitenden Bevölkerung entreißt. So iſt der Arbeitslohn in Europa thatſächlich ein immer kleinerer Antheil an dem Product geworden. Und je größer die Arbeitszeit, je hilfſloſer der Arbeiter, deſto greifbarer die Tendenz auf weitere Verminderung der Löhne, welche mit Conſequenz an die Grenze des Exiſtenzminimums hinabgedrängt werden. Wäre der Ar-

beiter im Verhältnisse der Productionsvermehrung am Producte theilhaftig geblieben, hätte man nicht durch künstliche Schaffung einer verhängnißvollen Unter-Consumtion eine unnatürliche „Ueberproduction“ herbeigeführt, so wären wir wohl kaum in die ernste Nothwendigkeit versetzt worden, jetzt in so ängstlicher Weise das Recht auf Arbeit erwägen zu müssen.

Bei den heutigen krankhaften wirthschaftlichen Verhältnissen sind seltsamer Weise Institutionen, die einzig die allgemeine Consumtion vermehren, ohne an der Production theilzunehmen, gewissermaßen Linderungsmittel gegen die sociale Krankheit, denn sie beleben den Arbeitsmarkt durch Verminderung der „Ueberproduction“. Hingegen ist heutzutage nichts mehr vom Uebel, als das Sparen im großen Maßstabe, wodurch eine Ueberfülle auf allen Märkten und eine Verschlimmerung der Lage der Arbeiter bedingt wird. Der einzelne Arbeiter mag sparen; sparen die Arbeiter jedoch in Masse, so provociren sie, indem sie den Beweis liefern, daß ihr Lohn das vom „ehernen Lohngesetz“ unerbittlich erstrebte Existenzminimum übersteigt, eine weitere Verminderung ihres Verdienstes. Dem gegenüber eine allgemeine Lohnerhöhung auf dem Wege der Coalition zu erstreben, ist practisch undurchführbar.

In Verbindung mit einer Arbeiterschutzesgesetzgebung ist vielmehr ein Arbeitsrecht — analog dem Agrad-, Handels- und Eigenthumsrecht — zu schaffen. Die Arbeiter-Versicherung ist weiter auszubilden in der Richtung der Versorgung der Arbeits-Invaliden und der Arbeiter-Wittwen und -Waisen, ferner durch die Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, im Zusammenhange mit einer centralisirten Arbeitsvermittlung. Gesetzlich zu regeln ist ferner die Gewinnbetheiligung der industriellen Arbeiter. Die Ausführung der öffentlichen Arbeiten möge außerdem unter Rücksichtnahme auf die jeweilige Lage des Arbeitsmarkts erfolgen. Das alles sind jedoch nur kleine Nachhülfs-Maßnahmen. Die Hauptsache bleibt die grundlegende Sicherung des Rechts auf Arbeit durch Schaffung gesunder wirthschaftlicher Verhältnisse und durch Schätzung der Arbeit, der selbsteigenen Arbeit als vornehmsten Erwerbsgrund im Sinne des germanischen Rechts. Es ist naturrechtswidrig, wenn Jemand über seinen Bedarf hinaus in unbüthlicher Weise Güter anhäuft, während dafür hundert Andere im Elend verkommen, obwohl sie die Fähigkeit und den ernstesten Willen besitzen, das, was ihnen von Naturwegen zukommt, durch ihre Arbeitskraft sich zu erwerben.

Wo solche unnatürliche Zustände bestehen, oder gar von den bürgerlichen Gesetzen begünstigt werden, da ist es Pflicht der Gesetzgeber, derart für Abhülfe zu sorgen, daß das verletzte Arbeitsrecht wieder voll in Kraft tritt und Jedermann, der arbeiten kann und will, unter dem Schutze der bürgerlichen Gesetze hierzu lohnende Gelegenheit zu finden vermag. Nur insoweit als er dadurch nicht die Subsistenz von Mitmenschen bedroht, soll der Einzelne befugt

sein, über seinen Bedarf hinaus Güter anzusammeln. Wer zu seiner eigenen Bereicherung einen Mitmenschen in der Ausübung seines Arbeitsrechts beschränkt, macht sich straffällig. Die Staatsgewalt hat in dieser Hinsicht zum Schutze des Schwachen über die wirthschaftlichen Verhältnisse zu wachen und bei Aufrechterhaltung des Privatbetriebs für eine solche allgemeine Wirthschaftsgrundlage zu sorgen, die jede Infragestellung des Arbeitsrechts der einzelnen Staatsbürger möglichst ausschließt. Schaffung und Sicherung gesunder wirthschaftlicher Verhältnisse, sowie organisirte Fürsorge gegen Ausnahmeerscheinungen — das ist die praktische Anerkennung des Rechts auf Arbeit.

2. Meine Stellungnahme gegenüber dem Bodenmonopol.^{*)}

Der Boden ist ebenso Allgemeingut, wie Sonnenlicht und Wärme, wie Wasser und Luft. Wer den Boden beackert, dem gehört die Ernte; wer die Arbeit verrichtet, dem ist die Frucht seines Thuns. Hierin beschränkt ihn nichts als die natürliche Rücksichtnahme auf seine Mitmenschen, auf das Gemeinwesen. Diesem schuldet er als Entgelt für die Ueberlassung des Allen gemeinsamen Grundeigenthums einen gewissen Antheil an dem Ertrage desselben. Die Ackerwirthschaft, die praktische Ausnutzung des Grund und Bodens ist im Wesentlichen durchaus eine Obliegenheit des Einzelnen; aber der Einzelne hat kein Verfügungsrecht über Grund und Boden im Sinne der Belastung oder der Veräußerung desselben. Dieser bleibt vielmehr Gemeingut auch im Privatbetrieb. So war es ehemals und so sollte es heute noch sein. Doch der Grund und Boden ist aus dem Privatbetrieb in den privaten Besitz übergegangen, es hat sich ein privates Bodenmonopol entwickelt, und so kann heute das Antlitz der Mutter Erde in derselben Weise verpfändet und veräußert werden, wie jedes beliebige Erzeugniß der Menschenhand. Das ist ein widernatürlicher, ungesunder Zustand, dem wir nicht nur die bedrängte Lage der Landwirthschaft, sondern zum nicht geringen Theile auch die mißlichen Verhältnisse zu verdanken haben, unter denen das moderne Sklaventhum in Fabriken und Magazinen leidet.

Der Boden ist heute das Hauptwucherobject des Kapitalismus, dem er als sichere und einträgliche Anlagegelegenheit dient. Der brave Ackermann ist damit längst zum wirklichen Schollenflaven geworden, zu einem Sklaven, der für Hungerlöhne die schwersten Arbeiten verrichtet. Unsere kleinen Landwirthe, die nach Millionen zählen, sind niedergedrückt von der dreifachen Pacht-, Zinsen- und Steuerlast. Schon der Pachtzins, den sie zu zahlen

^{*)} Vgl. „Demokratie und Bismarck“, Kap. VI, S. 109 ff.

haben, ist ihnen in manchen Jahren effectiv unerschwinglich. Der Reichstitel aber, unter welchem der in der Stadt oder wohl auch im fremden Lande wohnende Geld- oder Geburtsaristokrat von dem im Schweiß seines Angesichts sich plagenden Landbebauer so schweren Tribut erhebt, entbehrt jeder vernünftigen und naturrechtlichen Basis.*) Daß da die Vermögensbilanz eines x-beliebigen Börsenbarons im Wesentlichen auf factischen Grundbesitz hinausläuft, d. h. auf Grundeigenthum, Bodencredit-Pfandbriefe und Staatspapiere, daß also der Börsenbaron der Hauptsache nach Bodenrentner ist und das erntet, was der Landmann säet, dies hat seine Ursache eben nur in dem Privatbesitzrecht am Grund und Boden. Dasselbe gilt von der Latifundienwirthschaft, die Millionen von Adersleuten über zu wenig Land klagen macht.

Es kommt hier aber nicht blos der Boden der Landwirtschaft in Betracht, sondern überhaupt jeder Grund und Boden, namentlich auch der der Städte, mit welchem ja der allerschlimmste Bucher getrieben wird. Grund und Boden gehört zu jeder Production. Während jedoch Arbeit und Kapital beständig in einem gewaltigen Wachsthum begriffen sind, stellt der Boden eine gegebene Einheit dar, die keiner Vergrößerung fähig ist. Eben daher wächst der Productantheil des Grund und Bodens beständig im ungleichen Verhältnisse; er wächst zu Gunsten derer, die den Boden monopolisiren, gleichviel ob durch directe Absorption oder durch kapitalistische Belastung. Der verhältnißmäßige Antheil des Arbeiters am Producte seiner Arbeit muß da natürlich ein stets kleinerer werden. So wirkt die Verkennung und Mißachtung des Arbeitsrechts, und es erklärt sich daraus das ganze sociale Elend, das in nichts Anderem besteht, als in der künstlich herbeigeführten Unterconsumtion der großen arbeitenden Massen. Millionen und aber Millionen darben oder leben doch nicht menschenwürdig, und man geht hin und nennt „Ueberproduction“, was nicht einmal genügen würde, um die Darbenden der Gesellschaft zu befriedigen, d. h. ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten, wozu eben noch weit mehr producirt werden müßte und auch werden könnte, wenn man den arbeitenden Klassen den ihnen zukommenden Antheil an dem Güterconsum nicht vorenthalten wollte.

Die zum großen Theil durch das private Bodenmonopol mitverschuldete Unterconsumtion der Massen ist also die Ursache der allgemeinen Calamität und in ihr liegt die Erklärung der in immer kürzeren Fristen sich wiederholenden Geschäftskrisen. Hier muß darum auch Hand angelegt werden, um das mißachtete Recht der Arbeit aus der trostlosen Versumpfung der bodenmonopolistischen Sonderinteressenwirthschaft zu befreien. Was in dieser Hinsicht auf der XXXI. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu

*) Siehe das Nähere darüber a. a. O. S. 110 ff.

X Amberg als „Reform des bauerlichen Grundbesitzes“ in Vorschlag gebracht worden ist, verräth guten Willen, genügt aber nicht; es wird damit weder die Bodenbelastung überhaupt aufgehoben, also der Rentenwirthschaft ein Ende gemacht, noch auch etwas zur Beseitigung des Bodenmonopols oder besser des Bodenwuchers in den Städten gethan. Auch mit einer allgemeinen Vertheilung des Grund und Bodens auf der Grundlage des altdeutschen Agrarrechts würde keine durchgreifende Wirkung erzielt werden, wenn dem Einzelnen dabei ein Verfügungsrecht im Sinne der Verpfändung oder Belastung des Grund und Bodens verbliebe. Helfen kann uns nur eine fundamentale Radikalkur, die Landnationalisation heißt. Als öffentliches Eigenthum tritt der Boden unter die Controle der Oeffentlichkeit, die ganze Gesellschaft erhält ein Interesse an seiner Vervollkommnung, und es wird nicht an Mitteln fehlen, diese zu erstreben. Die Landwirthschaft wird mit Hülfe aller der modernen Errungenschaften zu einer Stufe der Entwicklung gebracht werden können, die sie vordem nie erreicht hat. Und ein Jeder wird an dem allgemeinen Gedeihen seinen gebührenden Antheil haben. Es versteht sich dabei von selbst, daß hier nicht an eine staatliche Ackerwirthschaft gedacht ist. Gemeinbesitz, aber Privatbetrieb.

Die Nationallisirung könnte sich auf der Grundlage der nachfolgenden Vorschläge*) vollziehen:

I. Grund und Boden darf fernerhin nur noch vom Staate, resp. der Gemeinde beliehen werden.

II. Die vom Staate, resp. der Gemeinde übernommenen Hypotheken sind nicht rückzahlbar.

III. Grund und Boden darf nur an den Staat, resp. an die Gemeinde verkauft werden.

IV. Das System der Majorate und der Fideicomisse wird aufgehoben.

V. Die Staats- und Gemeindeländereien werden in langjährige Pacht gegeben, wobei jedoch Niemand über 100 Hectare pachten kann.

VI. Der Pachtzins wird alle zehn Jahre im Wege der Staats-, resp. Gemeindegesetzgebung neu geregelt.

VII. Der Grund und Boden in Städten und Dörfern und in der nächsten Umgebung derselben (Gartenland), wird in Gemeindeeigenthum umgewandelt.

VIII. Auch der Hypothekenzins wird im Wege der Gesetzgebung geregelt.

IX. Die gesammte Verwaltung des Staats- und Gemeinde-Grundeigenthums soll eine ehrenamtliche sein.

X. Vom Staat oder der Gemeinde gepachteter Grund und Boden ist frei von allen Abgaben.

*) Siehe a. a. D. S. 139 ff.

Nach Durchführung dieser Reformvorschläge, wird der Landmann infolge der erhaltenen Abfindung ein angemessenes Betriebscapital besitzen. Er kann sich mit Berufsgenossen zusammenthun, um eine möglichst rationelle Bewirthschaftung des Bodens zu erzielen; er wird dadurch Mitbesitzer von landwirthschaftlichen Maschinen aller Art, treibt Viehzucht und widmet sich womöglich auch feineren Culturen. Lasten drücken ihn nicht mehr; er zahlt eben nur den niedrigen Grundzins, der seine einzige Steuer sein wird. Dabei ist das Land, welches er beackert, groß genug, um ihm und den Seinigen ein sorgenfreies, angenehmes Dasein gewähren zu können. Denn die aus 53,876,892 Hectaren bestehende Oberfläche des Deutschen Reiches umfaßt eine landwirthschaftliche Fläche (Acker-, Garten-, Wiesenland und Weinberge) von 36,643,927 Hectaren, was bei etwa 4 Millionen Ackerbau treibenden Familien im Durchschnitt pro Familie 9 Hectare ergiebt, und nehmen wir einen 20% umfassenden Mittel- und Großbetrieb von 10—100 Hectaren an, so bleibt dann doch für den Kleinbetrieb immer noch ein Durchschnitt von 7 Hectaren, während durchschnittlich 5 Hectare zur Erhaltung einer Familie genügen, wogegen es heute in Preußen 2,358,412 landwirthschaftliche Betriebe giebt (77,57% der Gesamtzahl), deren Bewirthschaftungsfläche keine 5 Hectare beträgt. In anderen deutschen Staaten, z. B. in Baden, sieht's in diesem Punkte noch schlimmer aus. Nach Durchführung der verlangten Reform wird von einer solchen Verkümmernng des Arbeitsrechts in der Landwirthschaft nicht mehr die Rede sein. Selbstverständlich wird die vortheilhafteste Wirkung davon sich auch im Industrie- und Gewerbeleben geltend machen, schon weil der Kapitalismus nach Aufhebung des privaten Bodenmonopols seine Hauptanlagegelegenheiten in Verbindungen mit der industriellen und gewerblichen Arbeit suchen muß, wodurch diese, da sie nicht im gleichen Verhältnisse wächst wie das Kapital, gewissermaßen in eine ähnliche günstige Position einrücken wird, wie sie heute vom Grund und Boden eingenommen ist. Die Folge davon kann nur sein, daß die Arbeit, an der unter den gegenwärtigen Verhältnissen in mehr als einer Hinsicht ein gar böser Fluch haftet, wieder zur Ehre gelangt und wieder der ureigentlichste Erwerbsgrund wird. Es wird das Arbeitsrecht identisch werden mit dem Besitzrecht, und damit ist einem Jeden die Möglichkeit geboten, durch Arbeit sich eine menschenwürdige Existenz zu gründen.

Das ist der Kern meiner Erörterungen über das Arbeitsrecht und das Bodenmonopol. Wer sich für die Einzelheiten und namentlich für die ausführlichere Begründung der hier nur in aller Kürze wiedergegebenen Auffassungen und Thesen interessirt, der möge die bezüglichlichen Ausführungen im V. und VI. Kapitel von „Demokratie und Bismarck“ nachlesen; es gilt dies

speciell auch inbetreff der hier nicht weiter dargethanen Rechtmäßigkeit und Durchführbarkeit der Land-Nationalisation.

Ich habe hier nur der besseren Handhabung wegen eine Uebersicht meiner Darlegungen geben wollen und so den gedrängten Ausführungen meiner Kritiker ein gleich gedrängtes Material gegenübergestellt. Dies wird, so hoffe ich, es dem Leser erleichtern, sich ein selbstständiges Urtheil zu bilden. Aus diesem Grunde freue ich mich über das lebhafteste Interesse, welches meine Schrift in der Presse aller politischen Schattirungen gefunden hat und schmeichle mir, somit den Zweck von „Demokratie und Bismarck“, nämlich zur Klärung der Ansichten über die sociale Frage wirksam beizutragen, in dieser Richtung wenigstens erreicht zu haben.

Damit gehe ich dazu über, meinen verehrlichen Kritikern das Wort zu überlassen: was folgt, ist im Wesentlichen eine Zusammenstellung von solchen Pressstimmen, die sich als Gegner meiner Auslassungen erweisen. Es versteht sich ja von selbst, daß ich mich mit den Gesinnungsgegnern und Gesinnungsverwandten nicht auseinanderzusetzen habe. Daß es aber auch an diesen nicht fehlt, dafür zeugt manche, im „Anhang“ dieser Schrift reproducirte Pressstimme aus den verschiedensten Parteilagern; ich bin darum auch ganz damit einverstanden, was ein nationalliberaler Herr im Hinblick auf „Demokratie und Bismarck“ schreibt: „Die Wahrheit bleibt dieselbe, man mag stehen, wo man will.“



II. Die Einwendungen meiner Kritiker.

Für's Erste habe ich zu constataren, daß ich bei den Gouvernemen-
talen aller Schattirungen einem gewissen Wohlwollen begegne, das offen-
bar seinen Grund darin hat, daß man in meinem Vorgehen gegen das
Manchesterthum eben nur den Kampf gegen die Deutsch-Freisinnigen
sieht. Darum habe ich namentlich auch bei den sogenannten Heidelberger^{*)}
in hohem Maße Gnade gefunden und brauche ihnen gegenüber mich keines
Angriffes zu erwehren. Es sollte mich freuen, wenn diese merkwürdige
Sympathie länger vorhalten wird, als die gedachten tactischen Rücksichten.

Drei Kategorien von publicistischen Beurtheilern meiner Arbeit kommen
hier in Betracht:

a. Stimmen aus dem gouvernementalen Lager.

Das bekannte Preßorgan^{**)} des Hamburger Senats bespricht „Demokratie
und Bismarck“ in Verbindung mit einer das Recht auf Arbeit behandelnden

^{*)} Einer der Unterzeichner des Heidelberger Programms, Rechtsanwalt Dr. Otto Hahn
in Reutlingen, hat ebenfalls ein Buch über „Das Recht auf Arbeit“ geschrieben. In der
Vorrede desselben steht nun Folgendes zu lesen: „Während des Drucks ist mir das Buch
von F. Gilles: Demokratie und Bismarck, ein ehrliches Wort über das Recht auf Arbeit,
Düsseldorf 1885 — zu Handen gekommen. Ich war sehr erfreut, daß der Verfasser, obgleich
von ganz anderem Standpunkte ausgehend, in wichtigen Dingen zu denselben Ergebnissen
wie ich gelangt. Es zeugt dies von der immer mehr sachlichen Behandlung unserer staat-
lichen Fragen: Die Wahrheit bleibt dieselbe, man mag stehen, wo man will.“ — An diese
liebenswürdige Bemerkung knüpft Herr Hahn dann, um dem „von ganz anderem Standpunkte
ausgehenden“ Demokraten doch eins zu versehen, eine nicht gerade sehr glückliche Polemik
gegen die „Phrase“: „Alles für das Volk, Alles durch das Volk.“ Ich will zu alledem nichts
weiter sagen, als daß es mir zur Genugthuung gereicht, selbst von dieser Seite meine sach-
lichen Erörterungen über die sociale Frage anerkannt zu sehen, und daß ich die Hoffnung
hege, es möchte in jenen „wichtigen Dingen“, in denen Uebereinstimmung sogar zwischen
politischen Gegnern herrscht, recht bald zu wirklichen, durchgreifenden Reformen
kommen.

^{**)} Vergl. den „Hamburgischen Correspondenten“ (Beilage: „Zeitung für Litera-
tur, Kunst und Wissenschaft“) vom 19. October 1884.

Schrift*) vom Reichstagsabgeordneten Lenzmann und Dr. Phillips, welche „eine historische Zusammenstellung alles dessen enthält, was seit der ersten französischen Revolution bis heute in gesetzgebenden Körperschaften über das Recht auf Arbeit gesagt worden ist.“ Das Hamburger Blatt resumiert das Entweder — Oder, welches sich ihm aus der Lenzmann-Phillips'schen Zusammenstellung ergibt und geht dann zu „Demokratie und Bismarck“ über, indem es fortfährt:

Indessen läßt sich das „Recht auf Arbeit“ allerdings auch noch in einem anderen, nicht so directen und buchstäblichen, darum aber um nichts weniger weitgehenden und energischen Sinne verstehen; und zu den Vertretern dieser Interpretation gehört die zweite der beiden oben angezeigten Broschüren.

Der Verfasser hat sich schon durch verschiedene andere Schriften, namentlich eine über das Wiener Staatsgefängniß, unter dem Titel: „Im grauen Haus“ herausgegebene, bekannt gemacht. In diesem „grauen Haus“ war er nämlich von der Wiener Polizei 17 Tage lang eingesperrt, da er, wegen „Bismarck-Beleidigung“ zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt, an Preußen ausgeliefert werden sollte; das zuständige Wiener Gericht erkannte indeß schließlich auf Nicht-Auslieferung. Gilles saß dann später seine sechs Monate in Nachen ab. — Trotz dieser Vorgeschichte tritt er in der vorliegenden Schrift keineswegs feindselig gegen Bismarck auf, sondern versteht sich zu ihm, daß er es mit dem „Recht auf Arbeit“ ehrlich und ernstlich meine; dann aber werde er auch zu den Konsequenzen gedrängt werden, die dessen Anerkennung im Schoße trage, und unter dieser Voraussetzung könne und solle die Demokratie mit ihm Hand in Hand gehen. Es handle sich darum, wieder ein geordnetes und durchgeführtes Arbeitsrecht, den modernen Verhältnissen ebenso entsprechend, wie das in den Zünften bestandene denjenigen des Mittelalters, zu etabliren. Im Einzelnen verlangt er Feststellung eines Minimallohnes für gewisse Durchschnittsleistungen; Rechtsschutz der Arbeit, u. A. gegen Lohnwucher — beiläufig gesagt, ein gar nicht übler und unserer Ansicht nach keineswegs unausführbarer Gedanke, den wir jedoch hier nicht weiter verfolgen können —; centralisirte Stellenvermittlung; allgemeine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit unter Beihilfe der Staatskasse u. dgl. Doch mit Alledem würde das „Recht auf Arbeit“ in seinem vollen Sinne, nämlich als „Recht auf menschenwürdige Existenz“ noch keineswegs gewährleistet, hierzu bedürfe es noch weiterer und einschneidenderer Reformen, vor Allem der Aufhebung des Bodenmonopols, mit anderen Worten der Verstaatlichung von Grund und Boden. Kurz, Herr Gilles giebt sich hierin als Anhänger von George, Dr. Stamm, Flürscheim u. A. zu erkennen, und will, daß die demokratische oder Volkspartei diesen Punkt, die „Bodenreform“ in ihr Programm aufnehme. Wir halten es gar nicht für unmöglich, ja für wahrscheinlich, daß dies im Laufe der nächsten Zeit wirklich geschieht, so daß wir dann zwei socialistische Parteien in Deutschland haben werden, eine, welche das Privateigenthum an Capital d. h. an Produktivgütern, überhaupt, und eine gemäßigtere, welche nur das Grundeigenthum, als ein monopolistisches, abgeschafft wissen will. — Unsere Ansicht über diese Forderung haben wir schon bei früherer Gelegenheit ausgesprochen; aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie mehr und mehr Anhang gewinnt. Und das ist doch eine Erscheinung, die man wohl thun wird bei Zeiten ganz ernsthaft ins Auge zu fassen. Die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit, mit der unsere besitzenden Klassen dem Umsichgreifen der socialistischen

*) Demokratische Studien, herausgegeben von Lenzmann und Dr. Phillips.
Nr. 1: Das Recht auf Arbeit.

Ideen auch unter den Gebildeten zusehen, als wären noch niemals in der Weltgeschichte Ideen zu Thaten geworden, hat etwas Beängstigendes; man wird dabei unwillkürlich an den bekannten Spruch „Quos Deus perdere vult, obscurat“ erinnert. Zwar der Reichskanzler seinerseits, das ist außer Zweifel, hat ein offenes Auge für die herankommende Gefahr, und ein Theil unseres liberalen Mittelstandes fängt ja auch an, für seine Motive und Absichten einiges Verständniß zu gewinnen. Jedoch wer da glaubt, daß mit dem, was bisher auf diesem Gebiete erreicht ist, mit der Kranken- und Unfallversicherung, schon Alles geleistet sei, was geschehen muß, wenn dem weiteren Vordringen des socialen Radicalismus Einhalt gethan werden soll, der ist in einer gewaltigen Täuschung befangen. Soll aber die Gesetzgebung Bedeutenderes und wirklich Durchschlagendes vollbringen, dann bedarf es eines noch viel weiteren Entgegenkommens auf Seite unserer bürgerlichen Parteien, und einer gründlichen Revision der überlieferten wirtschaftlichen und socialpolitischen Anschauungen. In welcher Richtung diese Revision hauptsächlich zu erfolgen hätte, das auseinanderzusetzen ist hier nicht der Ort; es mag genügen, zu sagen, daß die Hauptaufgabe die ist, zu begreifen, daß Arbeit und Erwerb keineswegs bloß Angelegenheit des Individuums, sondern auch der Gesamtheit ist, und auf Grund dieser Einsicht an die Stelle der heutigen anarchischen und chaotischen Art der Production eine wirkliche Ordnung des Erwerbslebens zu setzen.

Die gouvernemental=„demokratische“ „Staatsbürger-Zeitung“ schiebt in „Demokratie und Bismarck“ „einen recht schlagenden Beweis dafür, daß die Bismarck'sche Socialpolitik auch bei den enragirtesten politischen Gegnern desselben Anerkennung findet.“ Als Beleg hierfür führt sie die Vorrede des Verfassers an. *) „Selbstverständlich können wir an dieser Stelle,“ so schreibt das Blatt dann weiter, „nur einen kurzen Auszug aus der 163 Seiten zählenden Brochüre geben, aber es freut uns, dabei constatiren zu können, daß wir uns in vielen Dingen mit den Ausführungen des Verfassers direct in Uebereinstimmung befinden.“ Es folgt hierauf ein längeres Citat, **) in welchem die Nothwendigkeit der Organisation der demokratischen Elemente im Volke dargethan wird. „Alle die herrlichen Zaubermittelchen, die man anwendet, um an einer ernsthaften Cur vorbeizukommen, werden — so heißt es darin — nicht verfangen.“ — „Daß Herr Gilles,“ bemerkt dazu die „Staatsb.-Ztg.“, „über diese herrlichen Zaubermittelchen nicht anders denkt als wir, beweist er durch die gründliche Abfertigung Dr. Bambergers.“

Der Stellung des Verfassers zur Bismarck'schen Socialpolitik hat die „Staatsb.-Ztg.“ einen zweiten Artikel gewidmet, den ich im Wesentlichen hier folgen lasse:

Nachdem Gilles auf die Aeußerung des Ministers von Puttkamer verwiesen, wonach derselbe die Socialdemokratie als ein weltgeschichtliches Ereigniß bezeichnet, welches die Fortschrittspartei mit ihrem beschränkten Gesichtskreise nicht zu fassen vermöge, giebt er zu, daß der Fürst Bismarck durch sein Eintreten für die socialen Reformen die socialistische

*) Die freiconservative „Post“ hat das der „Staatsb.-Ztg.“ auf Treu und Glauben nachgedruckt.

**) Demokratie und Bismarck, S. 14 u. 15.

Agitation außerordentlich gestärkt habe; aber er findet darin durchaus nichts Böses, zumal er annimmt, daß der willensstarke Mann, der schon Manches durchgesetzt habe, als ein gewissenhafter Arzt es nicht daran genug sein lassen werde, die Sonde in die Wunde gelegt und einige Heilmittelschen verordnet zu haben. Der Verfasser glaubt sodann, nicht annehmen zu können, daß Bismarck nach dem Muster des Besiegten von Sedan einer cäsaristischen Demagogie folge. Im Uebrigen aber könne es gleich sein, welche Motive der von Bismarck inaugurierten Socialpolitik zu Grunde liegen; denn so gewaltig, wie die sociale Frage heute die Welt bewege, sei an einen Stillstand oder gar Umschlag selbst dann nicht mehr zu denken, wenn es in Deutschland wirklich demagogischer Macchiavellismus gewesen sein sollte, der unserer socialen Reform-Propaganda Gebatter- und Pflegebedienste geleistet habe. „Der Kuckuck fragt nicht danach, von wem er ausgebrütet wurde; er ruft „Kuckuck“ in den Busch hinein, sollte seine Pflegemutter Ansel auch vor Schrecken darüber umkommen.“ Wer aus diesen Gründen Gegner der Politik sei, der bezeuge damit, daß er kein Verständniß für das größte Problem unserer Zeit habe, oder aber, daß er pedantisch genug sei, vom Gegner nicht profitieren zu wollen. „Die Gegnerschaft von Männern, die öffentliche Interessen vertreten, ist — oder sollte sein — rein sachlicher Natur; die Gegner auf dem einen Gebiete können darum sehr gut Verbündete auf einem anderen Felde sein.“

Von dem Mißtrauen, das in diesen Ausführungen gewissermaßen liegt, kommt der Verfasser schließlich ganz zurück, indem er sagt: „Unsere von Bismarck geleitete socialpolitische Gesetzgebung anerkennt rückhaltslos die tiefgehende Reformbedürftigkeit unserer socialen Verhältnisse; sie constatirt kompetenterweise die schweren Mißstände, unter welchen die sogenannten unteren Volksklassen zu leiden haben; sie bekräftigt durch die That das Recht und die Pflicht des Staates, zum Schutze der Wirtschaftlich-Schwachen in die socialen Erwerbsverhältnisse einzugreifen. Das ist eine Anerkennung des Rechtes auf eine menschenwürdige Existenz für jeden Staatsangehörigen, es ist die thatsächliche Anerkennung des Rechts auf Arbeit für jeden Erwerbsfähigen.“

Der Verfasser schweift hierauf von dem Gegenstande, dem er die Brochüre gewidmet hat, ab, um seine Gegnerschaft zu der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik in Betreff des Staatsmonopols im Verkehrs- und Versicherungswesen zu begründen. Die Gründe sind indessen so ungemein schwach, daß wir die Hoffnung nicht unterdrücken können, daß Herr Gilles sehr bald auch in diesem Punkte das wenige, was ihm gewissermaßen noch vom Manchesterthum anklebt, aufgeben wird.

So sagt der Verfasser gegen das Monopol des Versicherungswesens: „Wenn das Versicherungswesen wirklich in Staatshände übergehen sollte, so würde dabei selbstverständlich kein Profit für den Fiskus abfallen dürfen. Man würde die Versicherten nur um den Betrag der effectiven Versicherungskosten belasten können. Der Staat könnte von einem staatlichen Versicherungswesen keinen Gewinn ziehen, ohne damit gegen die Staatsmoral zu verstoßen. Es ist schlimm genug, wenn es das alltägliche Leben schon so mitbringt, daß der Eine Gewinn aus dem Unglück des Andern zieht. Jedenfalls kann der Staat nimmermehr sich das Mißgeschick seiner Angehörigen zunutze machen.“

Der letzte Satz ist vollständig richtig; aber gerade darum erst recht muß der Staat das Versicherungswesen übernehmen. Er darf nicht allein selber keinen Gewinn aus dem Unglück der Staatsangehörigen ziehen, sondern muß auch Sorge dafür tragen, daß dieselben nicht durch Gesellschaften ausgebeutet werden.

Wieder auf das ursprüngliche Thema zurückgreifend, ist er der Ansicht, daß durch die Krankencafassen, das Unfallversicherungsgesetz und die Altersversorgungskassen den Arbeitern ein Theil des Mitgenußes an den von ihnen mit erworbenen Gütern zugesichert werde und in Betreff dieser Punkte eine offene Unterstützung der Reformbestrebungen

des Reichskanzlers nicht nur thunlich, sondern geboten erscheine. Das entscheidende Princip in dieser socialen Reformgesetzgebung sei die Berechtigung des Versicherungszwanges. Die Liberalen hätten „in einer guten Stunde“ das Zugeständniß der Berechtigung dieses Zwanges gemacht, und daran müsse man sie festnageln. „Versicherungszwang, aber kein Kassenzwang“, das ist das Princip des Verfassers, das auch mit dem unsrigen übereinstimmt.“

b. Einwendungen von clericaler Seite.

Clericalerseits hat man sich am wenigsten veranlaßt gefühlt, meiner sonst so viel beachteten Schrift näher zu treten. Indessen kann hier doch eine Besprechung derselben Platz finden, welche die Bonner „Deutsche Reichszeitung“ gebracht und die Dortmunder „Tremonia“ reproducirt hat. Ein clericaler Nationalöconom läßt sich da wie folgt vernehmen:

Als Fürst Bismarck sein berühmtes Wort von dem Recht auf Arbeit sprach, ohne sich weiter über dieses Thema auszulassen, konnte man mit ziemlicher Gewißheit voraussagen, daß Jeder etwas anderes darunter verstehen würde. In dem vorliegenden Werke setzt Gilles seine Ansichten darüber auseinander, welche im Wesentlichen in dem auch schon von Klürscheim in seinem „Auf friedlichem Wege“ empfohlenen Vorschlag gipfeln, daß der Staat allen Grund und Boden allmählich aufkaufen solle. Gegen die Ausbeutung des Arbeiters solle ein Gesetz schützen, demzufolge denselben ein Produktantheil von mindestens der halben Höhe des Werthes der von ihm geleisteten Arbeit gebühren soll. Der Werth der Arbeit solle ermittelt werden, indem man den Preis der verwendeten Rohstoffe von dem ortsüblichen Verkaufspreis der fertigen Waare in Abzug bringe. Dies wäre indeß, so schön es klingt, weder gerecht, noch überhaupt ausführbar. Ungerecht wäre es, weil der Unternehmer das Risiko des angelegten Capitals trägt. Geht das Geschäft schlecht, so verliert der Unternehmer sein ganzes Vermögen, während der Arbeiter anderswo Arbeit findet. Man spricht stets von den Reichthümern, welche die Fabrikanten aufhäufen; man vergißt aber, daß dies verhältnißmäßig nur sehr wenige sind; daß die meisten gerade ihr Capital verzinsen und daß viele, recht viele bankrott gehen — ihr ganzes Vermögen verlieren. Außerdem passiert es jedem Fabrikanten, daß er auf Lager arbeitet, sowie daß ihm Stücke verunglücken, oder liegen bleiben. Sollen die Arbeiter in diesem Falle ihren Lohn zurückgeben? Sie werden es nicht wollen — nicht können. Bekommen sie aber den halben Gewinn, so müssen sie auch den halben Schaden tragen, was unausführbar ist. Aber selbst wenn man wollte, könnte man die Berechnung des Arbeitswerthes nur in den wenigsten Fällen anstellen. Denn wie kann man den Antheil der Werthverhöhung bei Gegenständen festsetzen, an welchen mehrere verschiedene Arbeiter theilhaftig sind? Nehmen wir z. B. Messingguß. Der Rohstoff ist ziemlich billig, das Product erheblich theuer. Wieviel dieser Preisdifferenz entfällt auf den Zeichner, der den Entwurf gemacht, an den Modelleur, der die Form kofirt hat, auf den Gießer, der den Rohguß angefertigt, auf den Eiseler, der ihn fertig gestellt, und schließlich auf den Feiger, der den Ofen besorgt hat, selbst die Kef.frau, die das Local in Ordnung hält, ist indirect daran theilhaftig. Nun bestimmen Sie, Herr Gilles, einmal gefälligst den Werth der Arbeit eines Jeden. Ich glaube fest, es würde, wenn es überhaupt möglich wäre, nicht viel anders herauskommen, als die Betreffenden heute wirklich erhalten. Wie man sieht, leidet auch dieses, wie die meisten von demokratischer Seite vorgeschlagenen Heilmittel an Unausführbarkeit.

Nur der Curiosität halber möge hier eines Geniestreichs Erwähnung geschehen, welchen sich die „Coblenzer Volkszeitung“ (Nr. 28 vom 5. Febr. cr., Redacteur i. V. F. Bahne) geleistet hat. Dieses clericale Blatt hat meiner Schrift unter dem Titel „Das gegenwärtige Programm der Socialdemokratie“ einen schwungvollen Leitartikel gewidmet, in welchem in sehr sorgfältiger und correcter Weise der Ideengang von „Demokratie und Bismarck“ veranschaulicht, aber als „das gegenwärtige Programm der Socialdemokratie“ dargestellt wird. „Das Endziel der von unseren gegenwärtigen Socialdemokraten angestellten Reform des gesammten Staatswesens besteht,“ lautet die Einleitung des Artikels, „in der Schaffung eines Arbeitsrechtes und in der Aufhebung des Privatbesitzrechtes an Grund und Boden. „Am Schlusse des Artikels wird dann dem merkwürdigen Quiproquo noch wie folgt die Krone aufgesetzt:

„So lautet in seinen näheren und entfernteren Umrissen dies Programm, wie es in der Schrift von Ferdinand Gilles, „Demokratie und Bismarck“ niedergelegt, ausführlich begründet und in Hunderttausenden von Flugblättern unter der arbeitenden Classe verbreitet ist. Wie es gewirkt, davon haben die dreiviertel Millionen Stimmen der Socialdemokraten bei den neuesten Wahlen beredtes Zeugniß abgelegt.“

Ich bemerke ausdrücklich, daß der Artikel seinem ganzen Ton nach ernst genommen sein will. Hat da nun irgend ein politischer Mephisto die Abwesenheit des betreffenden Chefredacteurs ausgebeutet, um ein Rückucksei in das clericale Nest zu legen? Die höfliche Berichtigung, welche ich der Redaction zukommen ließ, ist nicht aufgenommen worden. Der Fall ist charakteristisch für gewisse Preßzustände.

c. Einwendungen von liberaler Seite.

Die ähnlich der „National-Zeitung“ unabhängig zwischen den National-liberalen und Deutschfreisinnigen stehende, vortrefflich redigirte „Düsseldorfer Zeitung“ hat „Demokratie und Bismarck“ in zwei Leitartikeln die nachstehende Besprechung angedeihen lassen:

Demokratie und Bismarck.

I.

Düsseldorf, 14. October.

Unter obigem Titel ist bei F. Bagel dahier eine Schrift des Schriftstellers Ferdinand Gilles erschienen, mit dem Nebentitel: „Ein ehrliches Wort über das Recht auf Arbeit.“ Die Schrift war auch dem Vortrage zu Grunde gelegt, welchen der genannte Herr am vorigen Sonntage im Kaisersaale hielt. Ferd. Gilles greift Bismarck's Wort von dem „Recht auf Arbeit“ auf, erklärt sich gegen Staatsmonopol und bureaukratischen Staats-socialismus ebenso, wie gegen die Socialdemokratie und will unter Heranziehung der bekannten demokratischen Grundsätze über Wehrverfassung, Steuern u. s. w. die Folgen des vielgeschmähten „Capitalismus“ beseitigen, ohne die Individualwirtschaft in ihrem Wesen aufzuheben. Er steht vor Allem auf der Grundlage des amerikanischen Deconomen Henry

George, der alles Heil von der Aufhebung des Eigenthums an Grund und Boden erblickt. In dem engen Rahmen eines Zeitartikels kann natürlich nicht von einer ausführlichen Widerlegung der in dem Buche ausgesprochenen Ansichten die Rede sein. Nur skizzenhaft und andeutungsweise wollen wir nachweisen, daß es Herrn Gilles in dem literarisch sehr geschickt geführten und an geistreichen Bemerkungen durchaus nicht armen, von gründlichem Studium der Materie zeugenden Werke nicht gelungen ist, nachzuweisen, daß die jetzige Wirthschaftsmethode an sich so verderblich und unheilbar krankhaft sei. Das Buch hat uns vielmehr, wie eben alle socialistisch angehauchten Werke und Reden, bewiesen, daß es nur zweierlei giebt, entweder, daß die jetzige Wirthschaftsmethode eine im Princip geeignete, wenn auch noch sehr entwickelungsfähige ist, oder aber, daß die Socialdemokratie Recht hat. Auch Herr Gilles construirt eine Socialreform, welche ohne innere Logik auf halbem Wege stehen bleibt und, wirklich ausgeführt, von selbst zum Socialismus führen müßte. Er will die individuelle Selbstständigkeit erhalten, nimmt ihr aber die Basis, auf der allein sie sich entfalten kann.

Vor Allem wettert auch Herr Gilles gegen das Manchesterthum und den auffaugenden „Capitalismus“. Auch ihm ist die ganze moderne, nicht socialistische Nationalöconomie Manchesterthum. In Wirklichkeit aber sind die Vertreter der eigentlichen Manchester Schule, was die nationalöconomische Wissenschaft angeht, sowohl in Frankreich wie in Deutschland, und von Letzterem ist doch vor Allem die Rede, schon seit Langem in der Minderzahl. Rau, Stein, Roscher, Robert von Mohl, der alte Thünen, sie waren und sind keine Manchesterleute, waren und sind aber die wahren Säulen der deutschen nationalöconomischen Wissenschaft, ehe die Schmoller, Schäffle, Wagner hervortraten. Noch weniger beweisbar ist die Behauptung, daß die Bevölkerungslehre von Malthus in der herrschenden Doctrin einen so breiten Raum einnehme. Der nationalöconomische Dilettantismus hat allerdings und zwar keineswegs blos auf manchesterlicher Seite mit dieser Lehre sich sehr viel aufgeputzt, die Wissenschaft ist ihr vielfach sehr energisch entgegengetreten und von einer Herrschaft kann gar nicht die Rede sein. Wie allen denen, die so sehr gegen den Capitalismus wüthen, muß man auch Herrn Gilles sagen, daß sie nichts Anderes beweisen, als daß Mißstände vorhanden, daß in der capitalistischen Productionsweise die Moral nicht immer so sehr die Individuen beherrscht, wie es die menschliche Vollkommenheit begehren würde. Er beweist aber nicht, daß solche Excesse des Egoismus mit der capitalistischen Productionsweise nothwendig verbunden sein müssen, daß also das Princip ein unmoralisches sei. Das kann er auch nicht beweisen. Er hat also nur bewiesen, daß gegen den Mißbrauch der Capitalkraft Schutzmittel nothwendig sein können. Er beweist aber wieder nicht, daß solche Mittel nicht anders findbar sind, als durch die Auflösung der Capitalwirthschaft. Wir behaupten dagegen, diese Mittel sind findbar und nur die neue socialistisch angehauchte Entwicklung hat die deutlich bereits hervorgetretene Absicht unterbrochen, sie in Theorie und Praxis auszubilden.

Die Capitalwirthschaft ist in ihrer jetzigen Gestalt noch sehr jungen Datums, ein noch kaum in allen seinen Erscheinungen erkannter Proceß, den die neueste Schule über den Haufen werfen, auflösen will, ehe sie ihn völlig erfaßt hat. So lange diese Gegner des Capitalismus uns nicht die Erscheinung aus der Welt schaffen, die täglich wiederkehrt, daß Individuen durch Intelligenz, Arbeitskraft, Charakterstärke es ermöglichen, aus den kleinsten Anfängen heraus selbst eine Capitalkraft zu werden, so lange ist ihre Feindschaft gegen den Capitalismus als solcher eine logische Schiefheit. Es handelt sich da nicht bloß etwa um großindustrielle Millionäre, es handelt sich um den langsam emporgekommenen Kaufmann, Gewerbetreibenden, Wirth oder sonstigen Unternehmer u. s. w., den Herr Gilles auch hier in unserer Stadt zur Genüge finden kann. Sind solche Erscheinungen immer nur auf Kosten Anderer, durch bewußte oder unbewußte Ausbeutung geschehen? Nein, man sagt da nur, das seien Ausnahmen. Vor 30 Jahren waren solche Capitalisten, solche Männer des eigenen

X Emporkommens die Helden der Demokratie den nur durch Erbrecht reichen Feudalen gegenüber. Jetzt sind sie der neuesten Demokratie selbst so verdächtig, wie die Feudalen. Gegen eine unrechte, unmoralische Auswucherung der Capitallosen durch das Capital können Gesetze findbar gemacht werden und eine unrechtmäßige Benützung einer guten Sache ist kein Beweis gegen die Sache selbst. Virgt aber der Capitalismus selbst da, wo er das Resultat großer moralischer Tugenden ist, in seinen Wirkungen eine Schädlichkeit, dann — und diese Logik vergessen die Herren, wie Herr Gilles, ganz — kann man richtig nur so schließen: „Das an sich Gute kann keine böse Folge haben, wenn nicht zwischen Ursache und Folge sich Umstände eindrängen, welche eben als unlogisch die gute Folge behindern, die logische Consequenz zerreißen.“ Das sind in diesem Falle Zustände, die der Staat durch seine Handelspolitik, seine Polizeigesetzgebung u. s. w., kurz durch Hülfsgesetze ändern kann, welche das Princip der Capitalbildung nicht unterbrechen, sondern ihm vielmehr sogar eine breitere Bahn weisen. Da stehen wir aber wieder auf dem Eingangs erwähnten Standpunkte einer besseren Erkenntniß der wirtschaftlichen Naturgesetze, die aber noch immer nicht das Princip aufzuheben braucht.

Wer nun gegen den Capitalismus zu Felde zieht, der hat auch sofort das Wort „Egoismus“ bei der Hand. Gewiß beruht der Capitalismus, beruht jede wirtschaftliche Bethätigung auf Egoismus. Die neuen Welterlöser sprechen aber von „Gemeinsinn“ ohne „Egoismus“. Sehr schön. Der Gemeinsinn ist auch eine Tugend und ein wirtschaftlicher Factor, dessen weitere Förderung im Wesen der Cultur gelegen ist und wir concediren sogar, daß diese Tugend zur Zeit noch zu sehr im Hintergrunde steht, daß sie mehr entwickelt werden muß. Allein die Frage ist nur die, wie dieser Gemeinsinn befördert werden kann, ohne mit jenem andern Motor des Erwerbsinns, dem Sinne für die Gattung, für die Familie in unlösbaren Conflict zu gerathen. Der capitalistische Egoismus ist getragen von dem Familiensinne, das Streben nach Vermögenserwerb und möglichstst Ansammlung desselben wurzelt nicht, wie es dargestellt wird, in dem Streben nach möglichst vollem Genuß des Lebens, jedenfalls nicht allein, sondern in dem Bestreben, die Familie zu erhalten in einer gesteigerten socialen Stellung. Die capitalistische Produktionsweise thut dies in einer freieren, Jedem zugänglicher gewordenen Form als die frühere Produktionsweise, welche durch Erbrecht, durch Standesmonopole, örtliche Zunfteinrichtungen u. s. w. diesem Familiensinne einen viel ausschließlicheren Ausdruck gab. Die Sozialdemokratie weiß das sehr wohl und eben darum betrachtet sie die Auflösung der Familie und die Ersetzung derselben durch die Gemeinschaft als nothwendige Consequenz der Aufhebung der Capitalwirtschaft. So lange dieser un menschliche, durch die Cultur aufs Höchste gesteigerte Motor bleibt, bleibt die Tendenz, die man die capitalistische nennt, da es außer der mittelalterlich monopolistisch-feudalistischen ein Drittes nicht mehr geben kann. Herr Gilles will nun freilich die Individualwirtschaft aufrecht erhalten. Er sagt, Jeder soll erwerben können, so viel er mag, wenn er dem Nächsten damit nicht schadet. Das heißt aber nichts Anderes, als: „Du sollst nicht Unrecht thun!“ Der Satz ist aber nicht neu. So lange aber die Individualwirtschaft besteht, wird sie als Capitalismus zur Erscheinung gelangen. Das will Herr Gilles nicht Wort haben und darum sehen wir uns in einem zweiten Artikel seine Reformvorschläge an.

II.

Düsseldorf, 15. October.

Wie schon erwähnt, sucht Herr Gilles mit dem Amerikaner George die Rettung vor Allem in der Aufhebung des individuellen Grundeigentums. Der Eigenthum an Grund und Boden soll an den Staat kommen, das Individuum benützt den Grund und Boden nur als Nutznießer. Damit sollen alle capitalistischen Auswucherungen abgeschnitten, unmöglich

gemacht sein, denn damit ist das Capital in seiner tiefsten und eigentlichen, seiner auf die Dauer gebundensten Gestalt beseitigt.

Wir gestehen zu, daß die auch von George aufgenommenen, schon früher mehrfach entwickelten Erklärungen des historischen Eigenthums an Grund und Boden als nicht auf Grund des absoluten Rechtes entstanden logisch richtig sind, wir geben zu, daß eine solche Entwicklung möglich würde, ohne eine allzu revolutionäre Umwälzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse hervorzurufen, wir geben zu, daß die Theorie eine sehr geistreiche ist. Aber eben weil sie in unseren Verhältnissen im Allgemeinen wenig ändern, die Produktionsgesetze als solche nicht umgestalten würden, so würden sie damit auch nicht den Capitalismus beseitigen, die Möglichkeit, Vermögen anzusammeln und in irgend einer Form dauerbar zu machen. Der Latifundienbesitz kann ohne diese Umgestaltung durch Aufhebung der Zibetkommissionen und Majorate beseitigt werden, der Hypothekencredit in seinen Schattenseiten kann ebenfalls ohnedem reformirt werden, aber es ist durchaus falsch, jetzt schon, wenn behauptet wird, das Vermögen der Börsenbarone bestehe überwiegend in Bodencreditbriefen und Staatsanleihen, weniger in Industripapieren. Wäre dies aber auch der Fall, so würde es nach dieser Metamorphose jedenfalls nicht mehr der Fall sein. Die Vertreter dieser Idee geben selbst zu, daß dann das flüssige Capital freier würde, weil es nicht mehr die Tendenz hat und haben kann, sich in Grund und Boden zu fixiren. Das flüssige Capital aber mit seiner Differenz des wirklichen und imaginären Werthes in der Speculation, ist damit noch nicht aus der Welt geschafft, sondern nur verschoben, und nehmen wir selbst an, es gäbe alsdann keine Staatsanleihen mehr, welche Gegenstand der speculativen Ausnutzung und Ansammlung werden können, so giebt es doch noch immer eine Form des Realcredits, so lange es Producte giebt, die belehnt werden können, einen Austausch von Producten, der in sich den Credit schließt und da nach dieser Metamorphose nach der eigenen Ansicht ihrer Erfinder die Sicherheit des Grundbesitzes sich verwandelt in die Sicherheit des Nutzgenusses, so ist auch hier nur eine Verschiebung vorhanden dessen, was belehnt wird, eine Verschiebung, die wohl neue Formen der Capitalbewegung in sich schließen mag, das Wesen des Credits und mit ihm des Capitalgewinnes aber nicht alterirt, soweit von Speculation, von fluctuirendem Capital die Rede ist.

Aber auch fixes Capital kann in dieser neuen Welt geschaffen werden, sobald sich Gegenstände der Belehnung finden, die auf die Dauer in derselben Gestalt wiederkehren. Wir können auf so kurzem Raume nicht weiter in die Materie eindringen. Es genügt aber das Gesagte und der bei Gilles völlig fehlende Beweis, daß in dieser neuen Gestaltung Capital nicht gebildet, Capital nicht zum Gegenstande der Speculation gemacht werden kann, um unsererseits zu behaupten, der „Capitalismus“, in dem Sinne einer Anhäufung in den Händen Einzelner und das wirtschaftliche Uebergewicht dieser Einzelnen wäre auch dann nicht ausgeschlossen, sondern nur in neue Erscheinungsform gebracht, es wäre denn, daß das Gesetz eine Reihe solcher Verlausulirungen macht, von denen Gilles nicht spricht, die aber dann völlig identisch wären mit dem socialistischen Programm. Wir haben also auch in diesem Falle nur Remeduren, Weiterentwickelungen der jetzigen Wirtschaftsmethode, nicht aber ihre Aufhebung. Herr Gilles will bis zur Abschaffung des Grundbesitzes einige Palliativ- und provisorische Mittel anwenden. Dazu gehört in erster Linie die Versicherung der Arbeitslosigkeit. Ein schöner Gedanke, über dessen weitere Ausführung Herr Gilles sich leider ausschweigt, obwohl das „Wie?“ dabei das Wichtigste ist. Der Autor gelangt bei dieser Gelegenheit zu der Behauptung, so gut Beamte, Officiere zur Disposition gestellt, auf Wartegeld gesetzt werden, ebenso gut und noch mehr verdient dieß der Arbeiter. Das ist so ein logisches Kunststück neuerer Schule. Mit Verlaub ist aber auch die zu erwartende Altersversicherung etwas ganz Anderes, als eine Pension der Beamten. Man kann die Social-

gesetzgebung und das Beamtenverhältniß gar nicht vergleichen, Beide stammen aus ganz anderen logischen Quellen. Der Beamte ist Staatsdiener, seine Arbeit gilt unmittelbar dem Staate und sein Wartegeld oder seine Pension sind Inhalt, Theil seines Gehaltes, seines Lohnanspruches an den Staat als Unternehmer. Ohnedem würde aber der Staat höheren Gehalt, höheren Arbeitslohn seinen Beamten zahlen müssen, die sich jetzt den auf längere Zeit vertheilten Lohn aus guten Gründen gefallen lassen. Die Versicherung des Arbeiters beruht auf socialpolitischen Erwägungen, auf Staatsideen, das Beamtenverhältniß beantwortet sich aus den elementaren wirtschaftlichen Gesetzen, dahin gehend, daß eben nur der Preis, den der Staat bietet in einer lebenslänglichen Versorgung bei verhältnißmäßig geringem jährlichen Lohngewinne die Leute veranlassen kann, eine langjährige Ausbildung zu nehmen, die sie mehr oder minder zu anderen Erwerbszweigen untauglich macht, die speciell nur dem Staatsdienst, also einem, wenn auch großem Unternehmer, gewidmet ist, und daß sie sich dazu noch ihre persönliche Freiheit mehr als irgend ein anderer Beruf einschränkende Bestimmungen gefallen lassen.

Ist also der Vergleich innerlich falsch, so ist auch die Sache selbst sehr problematisch. Ganz abgesehen davon, wie bei einer Versicherung auf Arbeitslosigkeit der Staat oder die Arbeitgeber das Risiko übernehmen könnten, welche Prämienhöhe hierfür festzustellen sein müßten, welche Finanzkräfte eventuell dazu gehörten, sagt uns Herr Gilles nichts darüber, ob denn die Versicherung nicht nothwendig auf das Lohngesetz einen und zwar einen für den Arbeiter ungünstigen Einfluß üben müßte. Wir lassen die Simulationsfrage, d. h. den Umstand, daß, ob eine wirklich ungewollte oder gewollte Arbeitslosigkeit vorhanden ist, sich schwer kontrolliren läßt, ganz bei Seite, lassen es ebenso bei Seite, obwohl hierin ein Hauptpunkt des Rechtes auf Arbeit steckt, ob eine Versicherungssumme ausbezahlt werden müßte, wenn genug Arbeitsgelegenheit gegeben ist, aber eben die Branche der Arbeitslosen keine Arbeitsgelegenheit giebt, denn das alles sind Details. Jedenfalls wird der Versicherte in vielen Fällen, ja in den meisten, nicht mehr jene Spannkraft aufwenden, Arbeit zu finden, wie jetzt, er wird mit weniger Eifer Arbeit suchen, z. B. sich bestimmen, mit Familie weit zu reisen sondern am Orte die Versicherung genießen, die Arbeitsgelegenheit abwarten u. s. w. Folge davon ist je nach Zeit oder Branche ein Mangel an Arbeitsuchenden, höherer Lohn für diese, auf der einen, Ueberlastung der Versicherung auf der anderen, eine Ungerechtigkeit für alle Versicherten, die es strenge mit der Arbeitslosigkeit nehmen und eine nach allen Seiten verhängnißvolle Störung des Marktes. Es wäre also hier jedenfalls Zwang nothwendig, der Arbeitslose kann gesetzlich dazu gezwungen werden, dahin zu gehen, wo er Arbeit findet, er muß sich unter eine Art von Polizeiaufsicht stellen, sich dislociren lassen so lange bis sich wirklich herausstellt, daß für ihn keine Arbeit zu finden ist. Wie gefällt das dem Demokraten Gilles, wie wird es den Arbeitern gefallen? Oder denkt Herr Gilles wirklich, eine Versicherung müsse ausbezahlt werden, wenn eben in Düsseldorf für den K. keine Arbeit zu finden ist, die ihm paßt, aber etwa in Schlesien, in Bayern Arbeit genug ist?

Des Weiteren aber ist es mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß das Einschleichen des Factors der Versicherung zwischen das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Löhne im Allgemeinen drücken wird und zwar darum, weil der Unternehmer, der Lohn Bietende, die Chance der Sicherheit des Arbeiters im Falle einer Nichtannahme zur Arbeit, je größer das Angebot ist, desto mehr dazu benutzen kann, den Lohn herabzusetzen und die leichtere Geneigtheit des Arbeiters dazu vorfindet. Dieser Fall scheint uns wahrscheinlicher als der andere, daß der Arbeiter in der Lage ist, die Versicherung zu stärkerer Forderung zu benutzen, was wiederum entweder den Markt oder die von der Marktconjunction hin- und her geschleuderte Versicherung auf's Höchste gefährdet.

Herr Gilles hat als weiteres Mittel den Minimallohn für Durchschnittsleistungen,

wofür ihm die Arbeiter besonders dankbar sein können. Es liegt als selbstverständlich zu Tage, daß alsdann auch unter den höheren technischen Leistungen die Tendenz sich geltend machen wird, sie dem Begriffe der Durchschnittsleistungen möglichst nahe zu bringen, was bei dem schwer faßbaren Begriffe leicht möglich ist. Gerade aber die Durchschnittsleistung wird immer die Tendenz behalten, vom Minimum sich nicht weit zu entfernen, selbst dann, wenn die Conjunctionen z. B. gerade in der landwirthschaftlichen Arbeit einem Emporschnellen des Lohnes günstig wären! Es wiederholt sich hier wieder die längst erprobte Erscheinung, wenn wir nicht gleich die socialdemokratische Berechnung des Arbeitslohnes aus dem Producte unter Beseitigung des Unternehmergewinnes annehmen, fällt jeder Versuch einer Remedur des Lohnes durch Eingriff in das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu Ungunsten des Arbeiters aus.

Und nun zum Schlusse! Wo ist denn das Recht auf Arbeit? Auch bei Herrn Gilles ist von jenem Rechtsbegriffe, der, wie wir schon früher an leitender Stelle ausgeführt haben, eben gar nicht construierbar ist, nirgends die Rede, sondern nur von der Sicherung eines Existenzminimums im Falle der Arbeitslosigkeit, und der auch von uns anerkannten Pflicht des Staates, durch seine Wirthschaftspolitik dafür zu sorgen, daß es womöglich keine Armen, keine Brodlosen giebt.

Von dem Rechte auf Arbeit in dem Sinne, daß der Staat verpflichtet ist, dafür zu garantiren, daß Jeder Gelegenheit finde, so viel zu verdienen, als seine technische Kenntniß, ein Beruf in sich schließen, den ihm gebührenden Arbeitslohn als Goldschmied, Monteur zc. jederzeit in der Tasche zu haben, ist bei Herrn Gilles keine Rede. Das aber ist und ist allein das Recht auf Arbeit. Dieses Recht kannte auch nicht das Mittelalter, wie Herr Gilles behauptet. Das Mittelalter kannte ein Bürgerrecht des localen Stadtverbandes, das ein Recht auf ein Existenzminimum bedingte für den Bürger der Stadt, während der Nichtbürger vor die Thore gesetzt wurde und verhungern konnte, wenn sich seiner nicht die kirchliche Armenpflege erbarmte. Das Mittelalter kannte für seine Bürger sogar das Recht zu betteln, indem es Plätze vor den Münsterthüren als Monopol verbriefte, aber es kannte kein Recht auf Arbeit. So haben wir, wie in allen ähnlichen Schriften, bei der Schrift des Herrn Gilles ein Schemen, ein geistreiches Schemen, das geben wir gern zu; greift man aber das Ding mit festen Händen an, dann bleibt nichts als die — Demokratie. Man braucht aber nicht Demokrat zu sein, um zu wünschen, daß es allen Menschen gut gehe auf Erden und Hunger und Elend in das Reich der Fabel gehören.

Sehr bequem hat Herr Dr. Theod. Barth, der Adlatus des Herrn Bamberger, sich die Sache gemacht. Der Herr ist bekanntlich Herausgeber einer Wochenschrift, die sich „Die Nation“ betitelt. In dieser hat er sich das Folgende geleistet:

Als wissenschaftliche und literarische Leistung bedeutet das Werk nicht viel, aber es ist nicht uninteressant in symptomatischer Beziehung. Seitdem die socialistische Weltverbesserung das Ziel unzähliger strebsamer Köpfe geworden ist, wachsen auch die Vorschläge zur Reform der Gesellschaftsordnung wie die Pilze und in buntester Mannichfaltigkeit aus der Erde. Alle diese Erzeugnisse haben durchweg dreierlei mit einander gemein. Erstens wird der unwiderlegliche Nachweis geliefert, daß alle Nichtsocialisten Schwachköpfe sind. Zweitens sagt man dem „wucherischen“ Capital die schlimmsten Dinge nach und macht es für alle gesellschaftlichen Uebel verantwortlich und drittens werden positive Vorschläge enthüllt, aus denen mit einer wunderbaren Deutlichkeit hervorgeht, daß die Weltverbesserung doch nicht Jedermanns Sache ist. Das vorliegende Werk ergeht sich zur Hauptsache in Klagen gegen den Capitalismus. Der Verfasser steht unter einer, wie uns scheint, sehr irrigen Ansicht von dem Verhältniß,

in welchem Capitalgewinn und Arbeitslohn zu einander stehen. Er nimmt an, daß in jedem Arbeitsproduct der Capitalgewinn zu Ungunsten des Arbeitslohns einen unnatürlich großen Platz einnehme und daß dies angebliche Mißverhältniß durch eine einfache gesetzgeberische Formel aus der Welt gebracht werden könne. Die strengen Socialisten aus der Marx'schen Schule operiren ebenfalls mit diesem Mißverhältniß, aber sie sind wenigstens so consequent, daß sie die ganze jetzige Gesellschaftsordnung in Trümmer schlagen wollen, um der Arbeit den „angemessenen“ Arbeitsertrag zu sichern. Der Verfasser der vorliegenden Schrift macht die Sache wesentlich einfacher. Er schlägt „etwa folgende“ gesetzliche Bestimmung vor:

„Dem Arbeiter gebührt im Allgemeinen — eine specielle Regelung vorbehalten — ein Productantheil von mindestens der halben Höhe des Werthes der von ihm geleisteten Arbeit. Arbeitsverträge, welche dieser Bestimmung zuwider sind, haben keine Rechtsgiltigkeit und ziehen die Befrafung der betreffenden Arbeitsgeber nach sich. Der Werth der Arbeit wird ermittelt, indem man den Preis der verwendeten Rohstoffe von dem ortsüblichen Verkaufspreis der fertigen Waare in Abzug bringt.“ Eine charakteristische Probe davon, wie heute Weltverbesserung getrieben wird T. B.

Neben diesem „tonangebenden“ volkswirthschaftlichen Organ der deutsch-freisinnigen Partei hat auch das weiter links sich befindende „Berliner Tageblatt“ in absprechender Weise über die Vorschläge des Verfassers geurtheilt. Dasselbe brachte in seiner Morgenausgabe vom 12. October den nachfolgenden Leitartikel:

Zum Stipitel des Rechts auf Arbeit.

Unter den Schlagwörtern, mit welchen man von conservativ-gouvernementaler Seite in der Wahlbewegung die große Masse des Volkes von der arbeiterfreundlichen Gesinnung der Regierung überzeugen will, fehlt ganz und gar das große Wort, welches der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstages vom 9. Mai d. J. in der Debatte über das Socialistengesetz ausgesprochen hat, das Wort „Recht auf Arbeit.“ Nachdem von leitender Stelle aus diese Forderung, welche in den modernen Arbeiterbewegungen eine so große Rolle gespielt hatte, in so feierlicher Weise proclamirt worden war, hätte man denken sollen, daß es von den Anhängern der Bismarck'schen Socialpolitik begierig aufgegriffen und für Wahl- sowie für andere Zwecke in der bekannten Weise fructificirt worden wäre. Aber die Anhänger der reichskanzlerischen Socialpolitik haben sich wohl gehütet, das Wort zu Zwecken der Wahl-agitation in die Massen hineinzuwurfen.

Denn es sollte sich gar bald herausstellen, daß es nicht auf die bloßen Worte ankommt, sondern auf den Sinn, den man mit diesen Worten verbindet. Das vom Fürsten Bismarck proclamirte Recht auf Arbeit ist ein ganz anderes, als das Recht auf Arbeit, wie es von Seiten des öconomischen Radicalismus aufgefaßt worden ist. Wir haben es bei ihm mit dem Rechte auf Arbeit zu thun, welches schon im preußischen Landrecht aufgestellt worden ist, auf das, wie erinnerlich, der Reichskanzler ja in seiner bekannten Rede verwies und welches nichts Anderes bedeutet, wenn man die landrechtliche Bestimmung im Geiste des Landrechtes interpretirt und nichts Fremdes hineinträgt, als den Hinweis auf die schon längst geübte Form der Armenpflege.

Leider ist der von den socialdemokratischen Abgeordneten eingebrachte Antrag auf die gesetzliche Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit im Reichstage nicht mehr zur Verathung gekommen. Bei einer Verhandlung über denselben hätte man erwarten können, daß Fürst Bismarck eine authentische Interpretation seiner Auffassung des Rechtes auf Arbeit gegeben hätte, und man würde dann sicherlich gefunden haben, daß dieselbe von der Auffassung,

welche man gewöhnlich mit dieser Forderung verbindet, Himmelweit verschieden ist. Das beweisen die gewundenen Auslassungen der gouvernementalen Blätter, besonders der „Nordd. Allg. Ztg.“, die ja die Stelle für „authentische Interpretationen“ ist und die oft „der Rede dunklen Sinn“ die nöthige Erläuterung geben muß.

Alle Auslassungen der unserer Regierung nahestehenden Organe über den Gegenstand zeigen, daß der Reichskanzler in seiner Socialpolitik die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit findet und daß das „Recht auf Arbeit“ nur eine Formel sein soll, in welche er den Gesamtinhalt seiner socialpolitischen Bestrebungen zusammenfaßt, von denen man indeß in der That nicht behaupten kann, daß ihre Durchführung dieses Recht zu gewährleisten im Stande sei.

Eine andere Auffassung spricht Ferdinand Gilles in seinem soeben erschienenen Buche „Demokratie und Bismarck“ aus.

Herr Gilles ist der Ansicht, daß Fürst Bismarck bei den Naturrechtslehrern in die Schule gegangen, und daß das von ihm anerkannte Recht auf Arbeit das natürliche Recht auf Arbeit sei, wie die Menschenrechte es proclamirt haben und daß es somit weit über die „Armenpflege“ hinausgehe. Positiv sucht der Verfasser das zu erweisen aus dem Wortlaut der Aeußerungen des Fürsten Bismarck und aus den Erläuterungen der ihm nahestehenden Presse. Wir haben bereits bemerkt, daß wir gerade auf Grundlage dieser Daten zu einer anderen Auffassung gekommen sind. Ganz merkwürdig ist aber der negative Beweis des Herrn Gilles. Er sagt: Es würde des großen Aufhebens nicht werth sein, welches der Reichskanzler in der Erregung der Discussion davon gemacht hat, wenn er sich unter dem Recht auf Arbeit nichts Anderes gedacht haben sollte, als eine Art erweiterter Armenpflege, etwa die ausgedehnte Beschäftigung arbeitsloser Leute in sogenannten „Arbeiter-Colonien“, wenn er geglaubt, die Gemeinden sollten mehr als bisher die öffentlichen Armen etwa zur Cloakenreinigung oder ähnlichen Geschäften anhalten u. s. w.“ Eine solche Argumentation will doch ganz und gar nichts besagen! Herr Gilles scheint den politischen Taktiker Bismarck ganz und gar zu verkennen.

Herr Gilles selbst erkennt ein Recht auf Arbeit an und will die Rechtmäßigkeit dieser Forderung auf der Basis des „Naturrechts“, das er wiederum von den Todten auf-erweckt und neu construiert, zu beweisen suchen. Es ist schwer, eine Analyse der Begründung der Ansichten des Herrn Gilles zu geben, da er den logischen Gang seiner Untersuchungen durch allerlei Excurse in die verschiedensten Gebiete unterbricht. Aber die Forderungen, welche er vertritt, sind ganz andere, als diejenigen, welche in dem gouvernementalen socialpolitischen Programm ausgesprochen sind. In dem in Rede stehenden Werke werden folgende Sätze aufgestellt: „Das Recht auf Arbeit ist ein Naturrecht. Alle Menschen haben auf die Güter der Erde und die Erzeugnisse der Menschheit an und für sich ein gleiches Recht. Der Antheil des einzelnen Menschen an dem Gütergenuß muß durch seinen Antheil an der Production bedingt werden. Es darf deshalb Niemandem verwehrt werden, an dieser letzteren in solchem Maße sich zu betheiligen, daß er sich dadurch die Bedingungen zu einer menschenwürdigen Existenz verschafft.“ Er folgert daraus, „daß es naturrechtswidrig ist, wenn auf der einen Seite Jemand über seinen Bedarf hinaus in ungebührlicher Weise Güter aufhäuft, während auf der andern Seite dafür hundert Andere darben müssen, obwohl sie die Fähigkeit und den ernststen Willen besitzen, das, was ihnen von Naturwegen zukommt, durch ihre Arbeitskraft sich zu verdienen. Wo solche unnatürliche Zustände bestehen, oder gar von den bürgerlichen Gesetzen begünstigt werden, da ist es Pflicht der Gesetzgeber, derart für Abhilfe zu sorgen, daß das verletzte Naturrecht wieder voll in Kraft tritt und Jedermann, der arbeiten kann und will, unter dem Schutz der bürgerlichen Gesetze hierzu lohnende Gelegenheit zu finden vermag, wie das sein gutes Recht ist.“

Andererseits will Herr Gilles gestattet wissen, daß Jemand in soweit, als er, nicht die Subsistenz von Mitmenschen bedroht, naturrechtlich befugt ist, über seinen Bedarf hinaus Güter zu sammeln. „Die Staatsgewalt,“ so wird weiter ausgeführt, „hat in dieser Hinsicht zum Schutze des Schwachen über die wirthschaftlichen Verhältnisse zu wachen und bei Aufrechterhaltung des Privatbetriebs für eine solche allgemeine Wirthschafts-Grundlage zu sorgen, die jede Infragestellung des Arbeitsrechts der einzelnen Staatsbürger möglichst ausschließt. Durch besondere Präventivmaßnahmen (Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, centralisirte Stellenvermittlung, Anpassung der öffentlichen Arbeiten an die Bedürfnisse des allgemeinen Arbeitsmarktes) soll Störungen im Wirthschaftsleben des Einzelnen, wie der Gesamtheit nach Möglichkeit begegnet werden. Also Schaffung und Sicherung gesunder wirthschaftlicher Verhältnisse, sowie organisirte Fürsorge für Ausnahmeerscheinungen — das ist die Anerkennung des Rechts auf Arbeit ins Practische übertragen.“

Den Beweis für die Durchführbarkeit seines Programms ist Herr Gilles leider schuldig geblieben. Er hat den gordischen Knoten des Beweises mit einem Schlage durchgehauen mit der Aufstellung des Satzes, der ja in Deutschland, wir erinnern nur an Fürsheim, schon verschiedene Vertreter hat, daß durch die Aufhebung des Bodenmonopols, d. h. durch die Verstaatlichung des Grund und Bodens, die Arbeit wieder voll zur Ehre gebracht, wieder der eigentliche Erwerbsgrund wird. „Das Arbeitsrecht,“ sagt Gilles, „wird identisch mit dem Besitzrecht, und damit ist einem Jeden die Möglichkeit gegeben, durch Arbeit sich eine menschenwürdige Existenz zu geben. Das aber ist ja das Recht auf Arbeit.“

Es ist augenscheinlich, daß auf die Ansichten des Herrn Gilles der bekannte amerikanische Nationalöconom Henry George, der ja auch vielfach von ihm citirt wird, in hervorragender Weise eingewirkt hat. Bezeichnend ist, daß auf eine gewisse Species der Socialschriftsteller der Gegenwart, die einer radicaleren Richtung huldigen, der amerikanische Schriftsteller, gewiß in Folge seiner populären, verständlichen Schreibweise, mehr Einfluß gewonnen hat, als die Vertreter des deutschen öconomischen Radicalismus, deren Studium eine größere geistige Arbeit und eine strengere Schulung des Denkens voraussetzt. Es bleibt denn auch nicht aus, daß der amerikanische Nationalöconom weitaus überschätzt wird.

Mit dieser Ueberschätzung sollte man bei uns doch endlich aufhören. Bergegenwärtige man sich, daß Henry George seine Sätze aus den amerikanischen Verhältnissen heraus abstrahirt hat, die doch nach mehr als einer Richtung hin von den unserigen total verschieden sind. Seine Lösung der socialen Frage durch die Verstaatlichung des Grund und Bodens schwebt ebenso in der Luft, wie die des Herrn Gilles durch seine Forderung der Durchführung des von ihm construirten Rechts auf Arbeit. Und so bleibt das Postulat des Fürsten Bismarck auch in der Auffassung seiner socialpolitischen Parteigänger im radicalen Lager nichts, „als ein Ziel, aufs Zünftigste zu wünschen.“ Im practischen Leben aber vermag man damit nicht einmal die Stimme eines einzigen Wählers in die gouvernementale Wahlurne zu locken.

III. Entgegnung.

1. Bezüglich des Arbeitsrechts.

Fürst Bismarck hat das Recht auf Arbeit „unbedingt“ anerkannt, und es ist richtig, daß seine Socialpolitik eine practische Anerkennung eben dieses Rechts bedeutet. Was man vernünftigerweise unter dem Recht auf Arbeit zu verstehen hat, darüber gehen die Meinungen heute nicht allzu weit mehr auseinander. Meine Erklärung desselben ist auf wenig Widerspruch gestossen, ein solcher könnte logischerweise auch nur von den schroffsten Vertretern einerseits des Manchesterthums und andererseits des Communismus kommen. Angriffe haben mir nur meine Vorschläge inbetreff der Durchführung des „Rechts auf eine menschenwürdige Existenz“ — i. e. des Rechts auf Arbeit — zugezogen. Man hat da theils Nebensächliches zu wichtig genommen, theils ein zu weitgehendes Verlangen an mich gestellt, indem man nach den Beweisen der Durchführbarkeit von socialen Grundsätzen fragt, die ich zunächst nur in's richtige Licht habe stellen wollen, um so zu einer unbefangenen Beurtheilung sowohl unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, wie auch der von Bismarck eingeleiteten Socialreform zu gelangen.

Bei dieser letzteren habe ich sehr streng unter scharfer Betonung zweierlei unterschieden: Die objective Bedeutung dieser Reformpolitik und die ihr zu Grunde liegenden letzten Absichten des Kanzlers. Wer meine Ausführungen nicht nur flüchtig gelesen hat, kann sich darüber nicht im Unklaren sein, daß ich, indem ich mich sachlich und principiell mit der Bismarck'schen Socialpolitik einverstanden erkläre, den Absichten des Kanzlers ein sehr starkes Mißtrauen entgegenbringe. Ich habe wiederholt die Mahnung ausgesprochen, bei Unterstützung dieser sachlich gerechtfertigten Politik um des Mannes willen, von dem sie getragen wird, die größte Vorsicht walten zu lassen, eingedenk des beim Menschen Hilfe suchenden Pferdes in der Fabel. Ich sage nicht, daß es hier einen Danaer zu fürchten gilt, der Geschenke bringt; aber ich meine, daß das Entgegenkommen eines Mannes, dessen Herz das eines Cäsar ist, und der durch seine ganze Vergangenheit mit Richten sich als einen Verächter des vielberufenen Florentiners erwiesen hat, nicht ohne ernst-

liche Zweifel an die unbedingte Volksfreundlichkeit seiner Ziele aufgenommen werden kann, zumal wenn dieser Mann selbst feierlich zu erklären pflegt, daß er wirke und schaffe nur im Dienste seines kaiserlichen Herrn. Die Zwecke, die er verfolgt, sind also lediglich dynastische. Demnach kann es sich für uns nur darum handeln, darauf hinzuwirken, daß die Mittel, welche er in seiner Socialpolitik anwendet, ihre wirtschaftlich-sachliche Bedeutung im vollem Umfange garantirt erhalten. Es gilt, mit einem Worte, von einem klugen und mächtigen Gegner zu profitiren und eine an und für sich sehr nützliche Sache von einem schlimmen Anhängsel zu befreien. Das ist meine Auffassung von der Bismarck'schen Socialpolitik.

Hiermit vergleiche man nun die Darlegung der „Staatsbürger-Zeitung“ einer- und die verdächtigende Anspielung am Schlusse der Besprechung im „Berliner Tageblatt“ andererseits. Die Anspielung des letzteren ist mir um so unverständlicher, als an einer anderen Stelle des weiter oben abgedruckten Artikels ja ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Forderungen, für die ich eintrete, „ganz andere sind, als diejenigen, welche in dem gouvernementalen socialpolitischen Programm ausgesprochen sind.“ Wenn das wahr ist, wie kann dann das „Berliner Tageblatt“ am Schlusse besagten Artikels von „socialpolitischen Parteigängern“ Bismarck's im „radicalen Lager“ reden und so thun, als ob von einem solchen, der in diesem Falle ja doch nur der Verfasser des besprochenen Werkes sein kann, der Versuch gemacht worden sei, Wählerstimmen „in die gouvernementale Wahlurne zu locken“?! Wie gesagt, diese Anspielung begreife ich nicht; aber welch Sinn ihr auch unterliegen mag, es ist eine freundnachbarliche Liebenswürdigkeit, für die ich mich entschieden bedanke.

Die Tactik der „Staatsbürger-Zeitung“ ist auch nicht gerade sehr ehrlich, aber sie ist immerhin begreiflich. Die „Staatsbürger-Zeitung“ will ein „demokratisches“ Blatt sein, das gouvernementale Politik betreibt, und spielt damit offenbar eine wunderliche Rolle, in der sie sich zeitweise unbehaglich genug vorkommen mag. Ihr mußte da der Versuch, einen waschechten Demokrat, einen der „enragirtesten politischen Gegner Bismarck's“ als Freund von des Kanzlers Socialpolitik vorzuführen, verlockend genug erscheinen. Es war das eine herrliche Gelegenheit, um den Beweis zu führen, wie man sehr wohl Demokrat und socialpolitischer Bismarcker sans phrase zu sein vermöge. Schnell waren hier und dort ein Paar zweckdienliche Citate in dem Buche erjagt, und das Kunststückchen war fertig: der Welt wurde als ein Ereigniß gemeldet, daß sich im socialpolitischen Heerlager des Reichskanzlers leibhaftig ein schwarz-roth-goldner Demokrat eingefunden habe . . . und die „Post“, das hochweise Botschafterorgan, beeilte sich, gebührend beizutragen zu der Verbreitung dieser frohen Botschaft.

Da war die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ denn doch diplo-

matischer: sie sandte dem Verleger das Recensions-Exemplar mit dem höflichen Bemerken zurück, daß sie sich nicht veranlaßt sähe, die Schrift zu besprechen. Das war in der That sehr vorsichtig, wenn auch freilich das Warum gar manchem „beschränkten Unterthanenverstande“ nicht so ohne Weiteres einleuchten mag. Auffallend ist jedenfalls die höfliche Gewissenhaftigkeit, mit der eine Zeitungsredaction einem Verleger das übersandte Exemplar einer buchhändlerischen Novität aus dem angeführten Grunde wieder zur Verfügung stellt. Es würde mich interessieren zu wissen, ob das etwa ein üblicher Redactionsbrauch des Kanzler-Organes ist. Den könnte man eventuell zur Nachahmung empfehlen. —

Was übrigens den öffentlichen Betrieb im Verkehrs und Versicherungs-wesen anbetrifft, so befindet sich die „Staatsbürger-Zeitung“ in einem unbedingten Irrthum, wenn sie mich für einen Gegner dieses Staatsmonopols hält. Zum Beweise des Gegentheils brauche ich mich hier nur auf meine bezüglichen Ausführungen zu berufen.*) Ein ähnliches Mißverständniß ist es, wenn die „Düsseldorfer Zeitung“ und die „Nation“ den „vielgeschmähten Capitalismus“ gegen mich in Schutz nehmen zu müssen glauben. Ich habe „den“ Capitalismus gar nicht angegriffen und mich auch gar nicht gegen die „capitalistische Productionsweise“ ereifert. Nur gewisse Mißstände, deren Bestehen auch Herr von Perfall (in der „Düsseldorfer Zeitung“) zugiebt, habe ich bekämpft. Zu diesen Mißständen gehört aber in erster Linie die Existenz einer Species von Capitalismus, die ihren Beruf darin sieht, daß sie der Gütererzeugung einen gewaltigen, den Consum der breiten, arbeitenden Massen in verhängnißvoller Weise beengenden Tribut auferlegt. Dieser Tribut, ich meine die bedingungslose Zinsenerhebung und was damit zusammenhängt, entbehrt aller und jeder ethischen Grundlage. Oder wo steckt die Moral, wenn gesetzliche Privilegien dem Capitalisten für die Erhaltung des Seinigen die weitgehendsten Bürgschaften geben, während der productiv thätige Unternehmer das ganze Risiko allein übernimmt?

Hier ein Beispiel: Das Besizthum eines Bauers an Ackerland hat einen Werth von 15,000 Mark und liefert einen Reinertrag von 450 Mark. Der Bauer leiht sich bei einem Capitalherrs 7500 Mark, wofür er 5 % Zinsen zahlt, macht, per Jahr 375 Mark. Obwohl nun beide Theile mit je 7500 Mark an der landwirthschaftlichen Production unseres Bauers capitalistisch theilhaftig sind, beträgt der Antheil des letzteren an dem Reingewinn nur 75 Mark gegen 375 Mark des unthätigen Capitalisten. Doch das ist noch nicht das Schlimmste. Es tritt eine Mißernte ein, und der Reinertrag sinkt auf Null herab. Was

*) Vergleiche „Demokratie und Bismarck“ S. 52. Dort ist zu lesen, daß ich nicht einmal ein principieller Gegner der Verstaatlichung des Bankwesens bin.

jetzt? Der arbeitende Bauer hat dem couponschneidenden Capitalisten seinen Zins nunmehr aus eigener Tasche zu zahlen und ist wohl gar genöthigt, zu diesem Behufe von neuem Schulden zu machen und seine Lage zu verschlimmern, — nur damit der Capitalherr seinen Tribut erhalte. Wo ist da das ethische Princip in dieser wirthschaftlichen Verbindung?

Ein anderes Beispiel: Der Schreinermeister und Möbelfabrikant B. betreibt ein Geschäft mit einem Capital von 12,000 Mark; er erzielt einen jährlichen Geschäftsgewinn (Ueberschuß nach Deckung aller Selbstkosten und nach Anrechnung der eigenen Arbeit) von 1200 Mark. Nun vergrößert er sein Geschäft um das Zweifache, so daß er mit einem Capital von 24,000 Mark arbeitet, wovon er 8000 Mark geliehen hat. Das geliehene Geld ist mit 5 % Zinsen hypothekarisch auf das Besizthum des B. eingetragen. Das sind jährlich 400 Mark Zinsen. Es verwirklichen sich die Erwartungen, die B. an die Vergrößerung seines Geschäftes geknüpft hat, nicht, da eine allgemeine Geschäftskrisis eingetreten ist. Von einem Geschäftsgewinn ist insolge dessen nicht mehr die Rede; B. ist vielmehr froh, wenn er sich nothdürftig durchschlägt. Seine Hauptforge bilden die 400 Mark jährlicher Zinsen, die er an den zuschauenden Capitalherrn abzuführen hat; denn den geht die eingetretene Geschäftskrisis nichts an, er kommt nach wie vor, um den ihm schuldigen Tribut zu erheben. Die 400 Mark Zinsen drücken den B. von Jahr zu Jahr mehr; schließlich bleibt er mit der Zahlung ganz im Rückstand. Da kündigt der Kapitalherr die geliehenen 8000 Mark; er erhält sie bis auf den letzten Heller zurück. B. aber ist ruinirt, ruinirt, weil der Capitalherr auch dann einen Tribut von ihm zu verlangen hatte, als das Geschäft keinen Gewinn abwarf. Ist das ein vernünftiger Zustand?

Ich weiß nicht, ob nach den Vorstellungen des Herrn von Perfall in den beiden obigen, alltäglichen Beispielen schon das vorliegt, was er „Excesse des Egoismus“ nennt. Meint er aber, ich hätte in meinem vermeintlichen Kampfe gegen den Capitalismus beweisen wollen, daß solche Excesse nothwendig mit der capitalistischen Productionsweise verbunden sein müssen und diese somit unter allen Umständen als verwerflich zu bezeichnen sei, so irrt er gar sehr. Denn ich suche und verlange nichts weiter als „Schutzmittel gegen den Mißbrauch der Caputalkraft,“ wie er selbst es nennt. Wir stehen also keineswegs so sehr weit auseinander, wie der Leitartikler der „Düsseldorfer Zeitung“ dies anzunehmen scheint. Jene Männer aber, von denen er sagt, daß sie der neuesten Demokratie verdächtig seien, wie die Feudalen, nämlich die langsam emporgekommenen Kaufleute, Gewerbetreibenden, Wirthe und sonstigen Unternehmer, deren Tüchtigkeit die Unterstüzung günstiger Verhältnisse gefunden hat, kann er heute zahlreich genug im demokratischen

Lager vertreten finden, ein Beweis, daß er auch in diesem Punkt nicht das Richtige getroffen hat. Was aber die Sache selbst angeht, so ist das weiter nicht von Belang, wenn einzelne Individuen „aus den kleinsten Anfängen heraus“ zu Geld und Gut gelangen, während die große Masse der Arbeitenden andauernd niedergehalten wird. Die rühmlichen Ausnahmen sind kein Beweis gegen die Nothwendigkeit des allgemeinen Glücks unter den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen. Das ist keine Anklage gegen die capitalistische Productionsweise überhaupt, sondern nur gegen die Gestalt, unter welcher dieselbe heute zum Nachtheil der Arbeitenden so vielfach auftritt. Da ich den Capitalismus also nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen befehle, nämlich soweit ein thatsächlicher Mißbrauch der Capitaalkraft vorliegt, so sind alle die schönen Schlußfolgerungen, welche Herr von Perfall an seine irrige Annahme knüpft, durchaus hinfällig.

Herrn Dr. Barth erwidre ich, daß es nicht sowohl das Verhältniß zwischen Capitalgewinn und Arbeitslohn ist, das mich so sehr alterirt, als vielmehr, wie aus den beiden angeführten Beispielen erhellt, das Privilegium des Capitalismus, selbst da einen Tribut zu erheben, wo kein Gewinn für den arbeitenden Unternehmer abgefallen ist. Es ist das ein Mißstand, der, wie ich fürchte, nur durch völlige Beseitigung des Rentenwesens abgestellt werden kann. Es wird nicht mehr statthaft sein dürfen, daß Jemand für ein Capital, das er einem Industriellen, Gewerbetreibenden, Handwerker, Landwirth u. geliehen, einen ein für alle Mal fixirten Zins erhält, sondern er muß in entsprechender Weise an der betreffenden Unternehmung theilhaftig sein, wie das heute schon bei dem „stillen Theilhaber“ der Fall ist. Mit anderen Worten: der Capitalist soll ferner nicht mühelos die Frucht des Schweißes seiner Mitmenschen einheimfen, sondern er soll, wenn er nicht mitarbeiten will, wenigstens mitwachen und theilnehmen an dem Risiko. Es kann das durch ein einfaches Gesetz bewirkt werden, durch welches Forderungen, die aus einem Renten-Verhältniß resultiren, den Spielschulden gleich für nicht einklagbar erklärt werden. Ferner ist das ganze Hypothekenrecht aufzuheben. Kurz, es sind alle diejenigen Privilegien wieder zu beseitigen, welche die einflußreichen Vertreter des Capitalismus für diesen zu erlangen gewußt haben zum Nachtheil des mißachteten, mit Füßen getretenen Arbeitsrechts.

Durch die Beseitigung des Rentenwesens aus unserem Wirthschaftsleben werden zum mindesten zwei große Vortheile erzielt werden: es wird erstens im ganzen Erwerbsleben wieder eine bessere Moral Platz greifen, indem die Arbeit wieder mehr geachtet sein wird, als unter den heutigen Verhältnissen; zweitens wird dann auch der maßlosen Vermögensconcentration ein Ziel gesetzt sein und das natürlich zu Gunsten des allgemeinen Wohl-

x Red's exactly his position

+ mehr / st andes, von dem im Wesentlichen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes bedingt sind; denn die „oberen Zehntausend“ consumiren ja bekanntermaßen nicht ihren Mitteln entsprechend; ihre Haupt Sorge besteht darin, die beständige Vermehrung ihres Vermögens nur immer mehr zu beschleunigen. Die Handhabe dazu ist ihnen — das Rentensystem. Wird dieses beseitigt sein, dann kann Niemand mehr gewinnen, Niemand mehr Reichtümer sammeln, der nicht directen Antheil an dem Wagniß irgend einer productiven Unternehmung nimmt. Wer selbst nicht mitschafft, wird von denen abhängen, denen er seine Mittel überantwortet hat. Welch hohe sittliche Bedeutung wird das ganze Erwerbsleben durch solche Verschiebung der Verhältnisse erlangen! Heute ist es der productiv thätige Unternehmer, auf dem das Hauptrisiko lastet, während der Capitalist sich von vornherein zu sichern weiß. Nach Beseitigung des Rentenwesens steht das Hauptwagniß bei dem unthätigen Capitalisten, was doch ohne jeden Zweifel der Sachlage besser entspricht.

+ oben / Abzuschaffen sind selbstredend auch die Staatsrenten. Daß Staaten Schulden machen, ist schon an und für sich in hohem Grade unmoralisch: daß diese staatliche Schuldenmacherei obendrein im Effect nichts ist, als die Begründung eines riesigen Tributs, den die arbeitende Bevölkerung in Gestalt der durch Steuern u. c. aufgebrachten Staatsrenten capitalistischen Mißiggängern entrichtet, das ist ein Mißstand, dessen Absurdität auch dem Kurzsichtigsten in die Augen fallen muß. „Ja,“ wird man mir antworten, „es geht doch nicht an, daß wir Einrichtungen, die den kommenden Generationen dienen werden, ganz aus den Mitteln der Lebenden herstellen.“ Warum denn nicht? Genießen nicht auch wir die Vermächtnisse der vorangegangenen Menschheit, die Jahrtausende hindurch für die Verbesserung unseres Voozes thätig war? Nährt nicht gar viel von dem, was wir besitzen, von unseren Vätern her, die uns keine Schulden dafür aufgebürdet haben? Und dann noch Eines: wirkt das böse Beispiel, welches der über seine Mittel hinaus verschwenderisch wirtschaftende Staat seinen Angehörigen giebt, nicht ansteckend auf alle Gesellschaftsklassen? Wahrscheinlich, in allen Ständen gehört's heute zum guten Ton, über seine Mittel hinaus zu leben und Schulden zu machen, wie der Staat. So geht der Staat Verderben zeugend voran in der Mißachtung des ersten und vornehmsten Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit.

Die hochconservativen „Mecklenburgischen Anzeigen“, das Organ der Schweriner Regierung, widmen meiner Schrift eine langathmige Besprechung, in der sie mich geradeheraus der revolutionären Propaganda beschuldigen. Da heißt es z. B.:

„... Discutirbares und Absurdes, heilsame Maßregeln und Vorschläge revolutionärster Art begegnen uns so in buntem Gemisch. Es entsteht vor unseren Augen ein lustiges großartiges Phantasiegebäude, dem nur eine Kleinigkeit fehlt — die Ausführbarkeit. ...“

Die Sache hat aber ihre ernste Seite. Bestimmte Vorschläge, welche ausführbar wären, enthält das Buch nicht, aber die Massen, auf die es nach Stil und Darstellungsweise offenbar berechnet ist, sollen durch glänzende Versprechungen, über deren Ausführbarkeit sie kein Urtheil haben, befangen werden und sollen lernen, Maßregeln, wie Einziehung alles Grundeigenthums, als etwas Naheliegendes, jedenfalls Discutirbares zu betrachten. Es soll ihnen vorzugsweise als bloße Frage der Zweckmäßigkeit erscheinen, ob man mit oder ohne Entschädigung confiscirt. Auf diese Weise kann das Volk an den Gedanken einer Revolution, eines Rechtsbruches allmählich gewöhnt werden.

Aber die demokratische Partei mag sich vor den Geistern, die sie ruft, wohl hüten. Der Arbeiter, dem man jetzt in so liberaler Weise das Land zum Behauen zur Verfügung stellt, möchte es vielleicht bequemer finden, seine Hand nach der bereits fertigen Frucht, dem bereits gebakenen Brode auszustrecken. An Rechtsbruch gewöhnt, möchte er vielleicht auch das bewegliche Gut nicht mehr schonen. Es ist eine oft bewährte Wahrheit, daß diejenigen Parteien, welche sich den extremen zuneigen, stets nur die Pfadbereiter für diese letzteren sind.

Es ist mir nicht bekannt, wie die „Mecklenburgischen Anzeigen“ sich während der wüsten Agitation der gouvernementalen Presse für das Tabakmonopol verhalten haben; das aber weiß Jedermann, daß die Gesinnungsverwandten der Schweriner Officiösen, mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an der Spitze, die Entschädigung der zu expropriirenden Tabakinteressenten ebenfalls nur als eine Frage der Zweckmäßigkeit oder Billigkeit behandelt haben, und diese Billigkeits-Entschädigung betraf sogar „bewegliches Gut“ und daneben die Existenz von Tausenden von Reichsbürgern. Hat denn das Schweriner Regierungsorgan damals auch seine officiösen Colleginnen der revolutionären Propaganda bezichtigt oder huldigt es dem Grundsatz, daß das Officiösenthum „kein Unrecht thun kann“? Nach diesem Grundsatz würde freilich eine Anschauung, die, solange sie ihre Vertretung bei den Gouvernementalen findet, als „patriotisch“, „staaterhaltend“ und „gerecht“ gilt, dann erst „revolutionär“ werden, wenn man ihr bei Leuten begegnet, die nicht zu den bedingungslosen Anhängern der Regierenden gehören. Eine neue Variation der alten Weise: „Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“, und der anderen: „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!“

Doch genug davon. Denn mit Officiösen läßt sich über dergleichen Dinge nicht streiten. Wenn die einmal gesagt haben, grün sei blau, so muß es dabei einfach sein Bewenden haben. Es ist denn auch etwas Anderes gewesen, als die Verschiedenheit der Anschauungen inbetreff des Begriffs „revolutionär“, was mich an dieser Stelle auf die „Mecklenburgischen Anzeigen“ brachte. Das Schweriner Blatt erlaubt sich nämlich u. A. die nachfolgende Verdächtigung:

... Merkwürdig, um die Börse zu treffen, muß der Grundbesitz vernichtet werden. Uebrigens läßt der Verf. das Staatsschuldenwesen bestehen, er will ihm sogar eine ungeheure Ausdehnung geben, und „Actien wie überhaupt eigentliche Industriepapiere“ werden natürlich erst recht geschont. Da scheint der Haß gegen die Börse doch nicht unverföhlich zu sein — oder sollte gar hinter dem Verf. selbst ein scharfsinniger Börsenbaron stehen? . . .

Hinter mir ein Börsenbaron?! Ob das wohl ein Witz sein soll? — Aber was soll das heißen: „Um die Börse zu treffen, muß der Grundbesitz vernichtet werden“? Davon steht doch in meinem ganzen Werke nichts. Und was das Staatsschuldenwesen anbetrifft, so habe ich mich darüber vorhin schon ausgelassen. Es ist ja allerdings richtig, daß die Abfindung der jetzigen Grundeigenthümer die öffentlichen Schulden in gewaltigem Maße vermehren müßte; indessen wäre das nur eine Uebergangsmaßnahme. Die Staatsrenten würden auf dem Wege beschleunigter Amortisation allmählich beseitigt werden, um nimmermehr wiederzukehren. Es hätte sich da eben ein ähnlicher Proceß zu vollziehen, wie bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die bedingt auch eine vorübergehende Erhöhung der Staatsschuldenlast. Dagegen ist nichts einzuwenden, da sich das nun einmal nicht anders machen läßt. Es ist damit wie mit den Kriegsschulden, die man auch nicht vermeiden kann, sofern die Völker nicht zu einer wirklichen Friedenspolitik — durch Schaffung dauernder Garantien für die gegenseitige Verständigung ein für alle Mal ihre Zuflucht nehmen. Anleihen für kriegerische Zwecke und für große Verstaatlichungen, wie überhaupt für bedeutende außergewöhnliche Leistungen sind heutzutage noch nothwendige Uebel, denen man nur bis zu einer gewissen Grenze aus dem Wege zu gehen vermag. Anders aber ist's mit den alljährlich wiederkehrenden mehr oder minder großen Staatsanleihen, durch welche Ausgaben gedeckt werden, die sich auf gewöhnliche Geschäfte der Staatsverwaltung beziehen. Das aber ist das böse Beispiel, von dem ich weiter oben sagte, daß es Nachahmung in allen Gesellschaftskreisen findet. Der Bauer, der sich einen neuen Schuppen baut, findet es ganz natürlich, daß er zu einer solchen „außerordentlichen“ Ausgabe geborgtes Geld bedarf.

Um nun zu unserem Arbeitsrecht zurückzukommen, so ist es mir von den verschiedensten Seiten übel vermerkt worden, daß ich einen Minimallohn für Durchschnittsleistungen verlangt habe. So zeigt die „Deutsche Reichszeitung“ an einem Beispiele aus dem Leben, daß diese Forderung einerseits undurchführbar und andererseits belanglos sei. Herr von Perfall aber behauptet, daß die Einführung eines solchen Minimallohnes sogar von nachtheiligem Einfluß auf die Bezahlung höherer technischer Leistungen sein werde. Für Herrn Dr. Barth endlich, als dritten im Bunde, ist die Forderung „eine charakteristische Probe davon, wie heute Weltverbesserung getrieben wird.“ Die verehrten Herrschaften haben sich entschieden ohne Noth ereifert; denn das, woran sie Anstoß nehmen, habe ich gar nicht verlangt. Eben- sowenig, wie durch die Strafparagrafen gegen den Wucher eine Reform des Wirthschaftslebens bezweckt war, sondern nur eine Schranke gegen gewisse Mißbräuche auf Seiten der Capitalkraft errichtet werden sollte, ebensovienig habe ich bei meinem, lediglich gegen den Lohnwucher gerichteten Vor-

schlage in Sachen des Minimallohnes an eine allgemeine Lohnregulirung gedacht. Ich habe nichts weiter vorgeschlagen, als eine bestimmte Ergänzung der Wucherparagrafen, d. h. deren Ausdehnung auf den Lohnwucher, wobei ich ganz besonders auf das Magazinclaventhum hinwies. Die Hinfälligkeit der gegnerischen Bemerkungen ergibt sich daraus ganz von selbst. *) Herr von Perfall hat mich offenbar mißverstanden, wie das ja auch bezüglich meiner „Gegnerschaft“ gegen den Capitalismus der Fall ist. In wie weit die „Deutsche Reichszeitung“ bona fide gehandelt hat, kann ich nicht untersuchen; in dubio ist da also Oberflächlichkeit und mißverständliche Auffassung seitens des betreffenden Recensenten anzunehmen. Wie aber liegt die Sache bei Herrn Dr. Barth? Haben wir es da nicht mit „einer charakteristischen Probe“ von jener einseitigen, verbissenen Voreingenommenheit zu thun, mit der gewisse Leute an die Prüfung und Beurtheilung von Dingen herantreten, die in ihren Kram gerade nicht passen? Die Antwort auf diese Frage möge sich der Leser selbst geben; das auf Seite 23 dieser Schrift wiedergegebene Referat der „Nation“ bietet ihm das nöthige Material dazu. —

Herr von Perfall („Düsseldorfer Zeitung“) macht mir den Vorwurf, daß ich nicht gesagt habe, wie der „schöne Gedanke“ einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zur Ausführung gelangen könne. Der Staat oder die Arbeitgeber würden dabei das Risiko übernehmen müssen und zudem würde diese Versicherung auf das Lohngesetz einen für die Arbeiter ungünstigen Einfluß ausüben. — Das ist zunächst ein Widerspruch; denn wenn der Staat resp. die Arbeitgeber das Risiko tragen, so tragen es eben die Arbeiter nicht, d. h. diese haben dabei keine Lohnverminderung zu befürchten. Darin soll ja die wohlthätige Wirkung der Arbeiter-Versicherung im Allgemeinen wie im Speciellen liegen, daß durch sie der Productantheil des Arbeiters über das Existenzminimum seines directen Arbeitslohnes hinaus erhöht wird. Das Grundprincip der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist genau dasselbe, wie das der Krankenversicherung; in beiden Fällen werden die materiellen Folgen einer vorübergehenden Inactivität gemildert, nur daß diese hier in persönlichem Behindertsein, dort in mangelnder Arbeitsgelegenheit ihren Grund hat. Die Wirkung ist dieselbe, mag auch die Ursache eine verschiedene sein. Allerdings hängt nun ja von der Beschaffenheit einer nachtheilig wirkenden Ursache die Art des anzuwendenden Gegenmittels ab; aber mit dieser Seite der Frage haben wir es hier nicht zu thun. Die Ursache der zeitweiligen Inactivität des

*) Der „Hamburgische Correspondent“ (vergl. S. 14) erklärt den von mir verlangten Rechtsschutz gegen Lohnwucher für einen gar nicht üblen, seiner Meinung nach keineswegs unausführbaren Gedanken. Aber auch dieses Blatt übersieht, daß die von mir verlangte Feststellung eines Minimallohnes keine wirthschaftliche, sondern nur eine strafrechtliche Maßregel involvirt.

Einen ist seine Krankheit, das Gegenmittel heißt Schonung und ärztliche Behandlung; der Andere ist inactiv, weil ihm die Arbeitsgelegenheit fehlt, Gegenmittel: im Besonderen Arbeitsvermittlung, im Allgemeinen Fürsorge für gesunde wirthschaftliche Verhältnisse.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse eines Landes können andauernd schlecht sein; aber auch der allgemeine Gesundheitszustand des Arbeiterstandes kann durch schwere, langwährende Epidemien ein außerordentlich ungünstiger sein. In beiden Fällen werden die materiellen Folgen der so bedingten Inactivität verhängnißvoll sein und der Kampf dagegen ein verzweifelter. Doch sind verheerende Epidemien und massenhafte Arbeitslosigkeit (in einem politisch und wirthschaftlich geordneten Staatswesen) nicht Ausnahmeerscheinungen? Die Frage ist unbedingt zu bejahen; denn selbst, wenn man mir bezüglich der Arbeitslosigkeit auch antworten wollte, daß andauernd hundert Tausende von Händen wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit feiern müssen, so wird damit nur auf die Anomalie unserer gegenwärtigen wirthschaftlichen Zustände hingewiesen sein. Ebenjowenig aber wie man durch Krankenkassen verheerende Epidemien zurückdrängen können wird, ebenjowenig darf man von einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit die Beseitigung allgemeiner wirthschaftlicher Calamitäten erwarten wollen.

Die Arbeitsversicherung ist, gleich der Krankenkasse, nichts als ein Bindungsmittel in Bezug auf die materiellen Folgen der eingetretenen Inactivität eines Arbeiters, und ihre Wirkung kann offenbar nur auf normale Verhältnisse berechnet sein. Die außerordentlichen Folgen ungewöhnlicher Wirthschafts calamitäten müssen, wie die großen Epidemien, durch außerordentliche Anstrengungen bekämpft werden. Sie bedingen die Inanspruchnahme der allgemeinen Opferwilligkeit und weisen der Thatkraft des Gemeinfinns den ersten Platz ein. Wo aber ist heute der Gemeinfinn, wo die Opferwilligkeit Derer, die helfen können? Nun wohl, grade deshalb, weil der Gemeinfinn unsrer Generation fehlt, und man die Opferwilligkeit nur als etwas kennt, das man zur Schau trägt, um bei Gelegenheit damit zu prunken, stehen wir unsrer wirthschaftlichen Misere so hilflos, so erbärmlich gegenüber. Und wo denkt Einer der „Maßgebenden“ an die ernstliche Bekämpfung der offen zu Tage liegenden Ursache der socialen Krankheit? Man operirt mit Quack-salbermittelchen, wo nur noch von einer durchgreifenden Radicalkur Heilung und Rettung zu erwarten ist.

Die Arbeitsversicherung hat, wie gesagt, mit den Heilmitteln nichts zu thun; sie soll für den Arbeitslosen eben nur das sein, was dem Kranken sein Krankengeld ist. Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist somit das Project zu beurtheilen, und die Ausführung desselben ist im Wesentlichen angedeutet, wenn gesagt ist, daß sie nach dem Vorbilde der

Krankenversicherung, jedoch „da Arbeitslosigkeit symptomatisch eine Störung des Gesellschafts-Organismus anzeigt“ unter Beihilfe der Staatskasse erfolgen soll. Freilich, Herr von Perfall verlangt mehr, er will die Prämienätze wissen und forscht nach den Finanzkräften, die dazu gehören. Das ist offenbar zu viel verlangt. Ohne genaue statistische Daten ist eine Berechnung der Prämienätze und der erforderlichen Finanzkräfte nicht möglich? Ich glaube indessen behaupten zu dürfen, daß die aufzubringenden Mittel nicht die Höhe der Beträge erreichen dürften, welche die Krankenversicherung erheischt; denn die Zahl Derer, die wegen Krankheit vorübergehend inactiv sind, ist, wie ich meine, größer als die der temporär Arbeitslosen. Eine zuverlässige Statistik über die letzteren wird übrigens bald durch die — regierungsseitig bereits geplante — Einrichtung von Arbeitsämtern (centralisirter Arbeitsnachweis) erzielt werden können. Alsdann wird sich über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auch Näheres vorbringen lassen. Die Sache braucht ja auch keineswegs überstürzt zu werden.

Einigen in's Detail gehenden Bedenken des Redacteurs der „Düsseldorfer Zeitung“ will ich nichtsdestoweniger doch gleich hier begegnen. Es könnte sonst scheinen, als ob ich die Widerlegung derselben zu scheuen hätte. Daß in der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht der „Hauptpunkt des Rechts auf Arbeit steckt“, sondern daß vielmehr diese Versicherung direct nichts mit dem Recht auf Arbeit zu thun hat, geht aus meinen obigen Ausführungen deutlicher noch hervor, als aus den früheren. Die Simulationsfrage, d. h. „den Umstand, daß, ob eine wirklich ungewollte oder gewollte Arbeitslosigkeit vorhanden ist, sich schwer controliren läßt“, kann ich mit Herrn von Perfall getrost und ganz bei Seite lassen; denn es ist ja zweifellos, daß wir es unter allen Umständen mit aus Fleisch und Blut bestehenden Menschen zu thun haben werden, und wiederum ist es eine alte Wahrheit, daß ein jedes Ding seine Schattenseite hat. Auch die Frage, „ob eine Versicherungssumme ausbezahlt werden müßte, wenn genug Arbeitsgelegenheit gegeben ist, aber eben die Branche der Arbeitslosen keine Arbeitsgelegenheit giebt“, kann hier nicht aprioristisch beantwortet werden. In allen diesen Dingen muß die practische Erfahrung die Lehrmeisterin spielen. Dringender schon ist die principielle Beantwortung der anderen Frage, ob der Versicherte gehalten sein müßte, die ihm sich bietende Arbeitsgelegenheit an einem anderen, als seinem zeitigen Aufenthalts-Orte anzunehmen; denn von der Beantwortung dieser Frage wird es allerdings — darin hat Herr von Perfall Recht — mehr oder minder abhängig sein, welchen Geschmaç die Arbeiter der Sache abgewinnen werden.

Von „einer Art von Polizeiaufsicht“ und von einer zwangsweisen Dislocirung wird natürlich unter keinen Umständen die Rede sein können. Darüber kann mein geehrter Herr Recensent sich vollkommen beruhigen. Versicherungs-

zwang, aber keine Zwangsarbeit! Stets genau über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes unterrichtet, nämlich durch den centralisirten Arbeitsausweis, wird sich die arbeitende Bevölkerung diese Klarheit der Dinge vielmehr von selbst zunutze machen; sie wird begierig die regelmäßigen statistischen Ausweise lesen und auf Grund derselben die nothwendigen Ausgleichungen aus eigenem Antriebe vornehmen. Zweifellos wird es da einzelne, unehrerhafte Subjecte geben, die trachten werden, aus der Arbeitsversicherung eine Unterstützungsquelle für ihre Faulheit zu machen; aber man wird diesen beizukommen wissen. Doch wie auch immer, es will mir nicht passend erscheinen, um einzelner schlechter Individuen willen einem ganzen Stande Mißtrauen entgegen zu bringen. Daß dies aber sehr vielfach geschieht, davon erhalte ich leider täglich neue Beweise. Hier schimpft ein Fabrikarzt auf die „Canaille“ von Arbeiter, weil ihm einige frechen Simulanten vorgekommen sind. Dort jammert ein Mäßigkeitsvereiner über die Trunksucht der Arbeiter, weil er Gelegenheit hatte, zwischen hunderten von ruhigen, ordentlichen Arbeitern vielleicht ein Duzend Trunkenbolde kennen zu lernen. „Unsere heutigen Arbeiter sind faul und schlecht,“ sagt ein Fabrikherr, der in seinen Arbeitern nur „lebendes Material“ sieht und nun verwundert darüber ist, daß eben diesen Arbeitern die Lust und Liebe zu ihrer Arbeit fehlt. Dagegen erklärte mir noch dieser Tage ein bekannter Großindustrieller: „Der Satz, daß der größte Humanismus der größte Egoismus ist, bewährt in der That seine volle Richtigkeit. Ich habe alles für meine Arbeiter gethan, was ich für sie thun konnte. Ich habe kein Opfer gescheut, um ihre Lage in jeder Hinsicht zu sichern und zu verbessern. Nun sehen Sie einmal, wo Sie tüchtigere, fleißigere, solidere und anhänglichere Arbeiter finden, als in meiner Fabrik. Mein Verhältniß zu meinen Arbeitern ist ein familiäres, freundschaftliches, und Sie können mir auf's Wort glauben, wenn ich Ihnen sage, daß das Kapital, welches ich zum Besten meiner Arbeiter verausgabt habe, sich andauernd als das vortheilhafteste angelegte erweist. Darum behaupte ich: der größte Humanismus ist wahrhaftig der größte Egoismus.“ Daß das keine Flunkereien sind, davon hatte ich Gelegenheit mich vollauf zu überzeugen.

Nun wohl! Die Gesellschaft bringe den Arbeitern in ihrer Gesamtheit die Ueberzeugung bei, daß man es aufrichtig gut mit ihnen meint, und daß es die Menschenwürde ist, die man in ihnen achtet und ehrt. Man nehme ihnen den Verdacht, daß es die liebe Noth und nicht der eigne Trieb ist, wenn heute die Machthaber anfangen, Fürsorge für den Arbeiter zu zeigen. Kurz, man beweise durch die That, daß der wesentlichste Theil der inaugurierten Socialpolitik nicht die Politik ist. Die Arbeiter werden es dann gewiß an ihrem Theile nicht fehlen lassen. Denn das arbeitende Volk

ist weit edler, als die, welche von seinem Schweiße sich gütlich thun. —

Herr von Perfall braucht nicht zu befürchten, daß es eines Zwanges bedürfen wird, um nach Einführung der Arbeitsversicherung die örtlichen Verschiedenheiten der Arbeitsgelegenheit auszugleichen. Ohne daß die Anwendung von Zwang nothwendig würde, könnten ja im Allgemeinen die folgenden Regeln als Norm dienen: Dem ohne eigenes, böswilliges Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeiter, wird von der nationalen Arbeitsversicherungskasse, zu welcher er gehört, für eine Frist von längstens sechs Monaten das Arbeitsgeld ausgezahlt: erstens, wenn sich dem unverheiratheten Arbeitslosen im ganzen Bereich der betreffenden Branche keine Arbeitsgelegenheit bietet; zweitens, wenn der Verheirathete an seinem bisherigen Wohnorte keine und in einem bestimmten Umkreise keine voraussichtlich dauernde Arbeit findet; drittens, den nothwendigerweise Verziehenden werden von der Versicherungskasse Reisespesen bezahlt; viertens, die Leistungen der Arbeitskasse beginnen 14 Tage nach erfolgter Anmeldung der eingetretenen Arbeitslosigkeit; fünftens, die Entscheidung über jeden einzelnen Fall liegt bei einer Vertrauenscommission, welche sich je zur Hälfte aus den gewählten Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammensetzt; sechstens, Arbeitslose, welche aus, sei es immer was für Gründen, von der nationalen Fachkasse, der sie angehören resp. angehört, kein Arbeitsgeld erhalten, sind auf die Arbeitskasse der Commune angewiesen, welche mit einem communalen Arbeitsausweis correspondirt; ihnen kann jede Arbeit zugetheilt werden, zu welcher sie die geistige oder körperliche Befähigung besitzen; siebentens, arbeitscheue Subjecte finden Unterkunft in Arbeitshäusern.*)

In dieser Weise geregelt, müßte die Arbeitsversicherung in mehr als einer Hinsicht von wohlthuender Wirkung auf die socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse sein. Es würde dem Mißbrauch der Arbeitskasse nach Möglichkeit vorgebeugt sein, und auch alle die übrigen Bedenken, welche von Herrn von Perfall vorgebracht werden, dürften solchergestalt entkräftet erscheinen. Die Arbeitsversicherung ist heute auch kein in der Luft schwebendes Project mehr. Die in nationalen Verbänden vereinigten Berufsgenossen einzelner Branchen haben sie bereits verwirklicht; andere sind der Sache durch vorbereitende Schritte näher getreten. In gleicher Weise ist die Idee der Wittwen- und Waisenkassen und die sog. Invaliden- und Altersversorgung längst schon in der mannichfachen Gestalt practisch geworden, wie das bekanntlich ebenso mit der Kranken- und der Unfallversicherung lange vor Erlass der Reichsgesetze von 1883 und 84 der Fall war. Um die Schaffung von Neuem

*) Vergleiche die Fußnote S. 158 von „Demokratie und Bismarck.“

handelt es sich somit bei dieser ganzen Versicherungsgesetzgebung nicht, oder neu ist vielmehr nur der verallgemeinernde Versicherungszwang. Diesen nicht nur auf die Wittwen- und Waisen-, auf die Alters- und Invaliden-Versorgung, sondern auch auf die Versorgung der Arbeitslosen auszudehnen, das ist alles, was das Verlangen nach obligatorischer Arbeitsversicherung besagt. Dem Kreis von Versicherungen, womit wir das socialwirthschaftliche Leben zu umgeben begonnen haben, soll ein weiteres, sehr wichtiges Glied eingereiht werden, welches zu dem Ganzen gehört, wie die Wurzel zum Baume. Consequenterweise wird der Arbeitsversicherung sich darum Niemand auf die Dauer widersetzen können, der nicht die Berechtigung des staatlichen Versicherungszwanges überhaupt bestreitet, also nicht einmal die sonst so manchesterlichen Deutschfreisinnigen.

„Wo ist denn das Recht auf Arbeit?“ So fragt Herr von Perfall am Schlusse seiner kritischen Erörterungen, und seine Antwort lautet: auch bei Herrn Gilles sei von jenem Rechtsbegriffe, der, wie er (Perfall) früher schon an leitender Stelle (seiner Zeitung) ausgeführt habe, eben gar nicht construierbar sei, nirgends die Rede, sondern nur von der Sicherung eines Existenzminimums im Falle der Arbeitslosigkeit, und von der auch von ihm (Perfall) anerkannten Pflicht des Staates, durch seine Wirthschaftspolitik dafür zu sorgen, daß es womöglich keine Armen, keine Brodlosen gebe. Von dem Rechte auf Arbeit in dem Sinne, daß der Staat verpflichtet sei, dafür zu garantiren, daß Jeder Gelegenheit finde, so viel zu verdienen, als seine technischen Kenntnisse, sein Beruf es in sich schließen, den ihm gebührenden Arbeitslohn als Goldschmied, Monteur u. s. w. jederzeit in der Tasche zu haben, sei bei Herrn Gilles keine Rede. „Das aber ist und ist allein das Recht auf Arbeit.“ — Ganz recht, Herr College, das allein ist das Recht auf Arbeit; Sie irren jedoch, wenn Sie meinen, daß ich dieses Recht auf Arbeit, welches den Staat verpflichtet, derartig geregelte wirthschaftliche Verhältnisse zu schaffen und zu garantiren, daß Jeder seinen Fähigkeiten gemäß Arbeitsgelegenheit zu finden vermag, nicht anerkannt hätte und daß davon in „Demokratie und Bismarck“ nicht die Rede sei. Die ganze Abhandlung beschäftigt sich ja mit diesem Rechte des Einzelnen und dieser Pflicht der Gesellschaft, freilich nicht in dem abenteuerlichen, oberflächlichen Sinne der Männer, welche 1848 in Frankreich mit einer sogenannten Verwirklichung des Rechts auf Arbeit eine klägliche Tragi-Comödie aufführten, indem sie Krankheitserscheinungen beseitigen wollten, ohne den Krankheitsursachen auf den Grund zu gehen.

Die für die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse den Einzelnen gegenüber verantwortliche Gesellschaft soll vielmehr — einem pflichtgetreuen Arzte gleich, der einen Kranken in Behandlung nimmt — eine strenge, gewissenhafte

Erforschung der Entstehungsgeschichte jener chronischen Leiden, die es zu heilen gilt, der Anwendung von Medicamenten vorangehen lassen, um dem einzu- leitenden Heilungsverfahren durch Beseitigung der nachtheilig wirkenden Ursachen eine vernünftige Grundlage zu geben.

Man denke sich folgenden Fall: Ein Arzt wird zu einem fieberkranken Arbeiter gerufen; er findet den Mann abgehungert, verkommen in Schmutz, in einem unheimlichen, niedrigen, ungelüfteten und feuchten Kellerloche auf verfaultem Stroh liegen. Wird der Arzt sich damit begnügen, daß er dem Kranken Medizin gegen das ihn schüttelnde Fieber verordnet? Wenn ja, dann wird man ihn einen schlechten, gewissenlosen Arzt nennen müssen, der seinen ernststen Beruf völlig verkennt und besser gethan hätte, sich einem minder edlen, weniger Selbstverleugnung und Aufopferung verlangenden Gewerbe zuzuwenden. Was aber thut der gute Arzt solchem Krankheitsfalle gegenüber? Sein Augenmerk wird zunächst weniger auf den Kranken selbst, als auf die äußere Lage gerichtet sein, in welcher der arme Leidende sich befindet. Er wird sich sagen: die Krankheit dieses Mannes ist das Product der drückenden Armuth desselben, die ihm weder eine gesunde Wohnung, noch auch genügende Ernährung gestattete. Der gute Arzt wird demgemäß in erster Linie die Reinigung und die Ueberführung des Kranken in einen gesunden Raum anordnen; dann wird er für eine gesunde Pflege sorgen. Arzneien wird er dabei nur insoweit zur Anwendung bringen, als dies nach Beseitigung der Krankheitsursachen noch nothwendig ist. Der Kranke wird in verhältnißmäßig kurzer Frist wieder hergestellt sein, er wird sich kräftiger fühlen als zuvor und, ermuthigt durch die ihm so wirksam zu Theil gewordene Hülfe, die nöthige Einsicht und Energie erlangt haben, um sich vorzusehen, daß er nicht zum zweiten Male in eine ähnliche traurige Lage geräth.

Der armseelige Fieberkranke in der menschlichen Gesellschaft ist die arbeitende Bevölkerung, den Arzt stellt die Gesellschaft selbst in ihrer Eigenschaft als Ordnerin der wirthschaftlichen Verhältnisse vor. Die sich zeigenden Krankheits Symptome sind Erschlaffung, anomale Blutcirculation und durch Phantasmen sich äußernde Gemüthsregung. Wird die Gesellschaft nicht dem schlechten Arzte vergleichbar sein, wenn sie genug zu thun glaubt, indem sie diesen Erscheinungen mit den landläufigen Mitteln entgegentritt, als da sind: Verbesserung der Armenpflege, Organisation des Versicherungswesens und Ausnahmegesetze gegen die „Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung“? Ganz zweifellos! Und wenn sie auch zum Protectionismus und zur Colonialpolitik bis zum Aeußersten ihre Zuflucht nimmt, so wird ihre Pflichtvergessenheit dennoch dieselbe bleiben. Wie aber wird sie, ähnlich dem guten Arzte, ihre Schuldigkeit thun? Indem sie in erster Linie die ganze Lage des socialen Kranken in's Auge faßt und, nachdem sie die

Ursachen der Krankheit erkannt hat, energisch an deren Beseitigung herantritt. Die arbeitende Bevölkerung muß vor allen Dingen in andere wirthschaftliche Verhältnisse gebracht, es müssen ihr bessere Lebensbedingungen vergönnt werden. Man muß ihr einen solchen Antheil an den allgemeinen Gütern gestatten, daß sie in gesunder Wohnung sich menschenwürdig ernähren kann. Das aber wird erreicht durch eine grundlegende Reform unserer Productionsverhältnisse, namentlich durch Schaffung eines Arbeitsrechts, welches das Rentenwesen in allen seinen schädlichen Auswüchsen (capitalistische Plusmacherei, Lohn- und Bodenwucher, Latifundienthum etc.) ein für alle Mal beseitigt und damit der ehrlichen Arbeit das ganze weite Feld der Gütererzeugung und der Nugbarmachung ihrer Producte zum allgemeinen Besten freigiebt. Das solches auf individualistischer Grundlage geschehen kann und geschehen muß, brauche ich kaum noch zu wiederholen. Wird nun die Gesellschaft (der Staat) in dieser Weise ihre Aufgabe erfüllen, so werden mit der baldigen Gesundung des socialen Kranken alle die heute üblichen socialpolitischen Arzneien überflüssig werden, und auch die Linderungsmittel, wie der Normalarbeitstag u. dergl., werden ihre Bedeutung verlieren. Die gesundete arbeitende Bevölkerung wird die Sicherung ihrer wirthschaftlichen Lage ja selbst in die Hand nehmen und dazu keiner fremden Hülfe mehr bedürfen. Um es kurz zu sagen: Die grundsätzliche Herstellung des Arbeitsrechts, d. h. die sociale Anerkennung des Satzes: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“, also die Beseitigung des die Arbeit ausbeutenden Rentenwesens, — das ist das practische Recht auf Arbeit in seiner engsten und weitesten Bedeutung. Wer etwas Anderes darunter verstehen will, mit dem ist vernünftigerweise nicht zu discutiren.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet nun, ich sei den Beweis der Durchführbarkeit dieses Programms schuldig geblieben, ich habe den gordischen Knoten des Beweises mit einem Schlage durchgehauen mit der Aufstellung des Satzes, daß durch die Aufhebung des Bodenmonopols, d. h. durch die Verstaatlichung des Grund und Bodens, die Arbeit wieder voll zur Ehre gebracht, wieder der eigentliche Erwerbsgrund werde. — Zunächst habe ich bereits an einer anderen Stelle erklärt, daß das private Bodenmonopol für mich — und das unterscheidet mich von den Herren George, Flürscheim etc. — nicht Ursache, sondern nur Wirkung ist; es ist eine der bösen Wirkungen, die die Mißachtung des Arbeitsrechts hervorgebracht hat. Indem ich dieses — das Arbeitsrecht — wiederhergestellt sehen will, indem ich also die Aufhebung der gesellschaftsverpestend wirkenden Ursache verlange, verlange ich damit in Einem natürlich auch die Beseitigung der üblen Wirkungen, worunter die Tributpflichtigkeit des Grund und Bodens gegenüber privaten Monopolisten und das Latifundienthum in erster Reihe figuriren. Diese Reform ist aber zum

mindesten ebenso durchführbar, wie es die Abschaffung der Sklaverei gewesen ist. Wer das verkennet oder leugnet und nach Beweisen verlangt, der thut dasselbe, was die Sklavenhalter seiner Zeit den Verteidigern der mißachteten Menschenwürde gegenüber gethan haben: er fordert Beweise, die in der geforderten Art kein Einzelner zu erbringen vermag. Wenn ein Plato in der Haltung von Sklaven nichts Unrechtes sah, wie wollte man da irgend einem interessirten Sklavenhalter die Nothwendigkeit der Sklavenemancipation begreiflich machen? Ebenso sehen wir heute die Edelsten an der systematischen Ausbeutung der ehrlichen Arbeit theilhaftig, wir finden unter den Monopolisten aller Art die humansten, achtbarsten Menschen. Sollte da nun der Tribut, den sie erheben, etwas Ungerechtes in sich bergen können? Und wenn wirklich, wie wäre es möglich — um mit den alten Sklavenhaltern zu reden —, zu einer neuen Wirthschaftsgrundlage zu gelangen, ohne die Existenz der gesammten menschlichen Gesellschaft in Frage zu stellen? Das ist fürwahr eine wohlfeile, engherzige Argumentation! Wer so Beweise für die Durchführbarkeit einer nothwendigen, vom Geiste der Gerechtigkeit geforderten Reform verlangt, der, glaube ich, thut dies mehr, weil er sie nicht will, als daß er daran zweifelt. Was an sich gut, gerecht und nothwendig ist, das ist auch durchführbar. Das mögen die Herren vom „Berliner Tageblatt“ sich hiermit gesagt sein lassen.*)

2. Zu Betreff der Bodenreform.

Der Umstand, daß ich von der Verstaatlichung des Grund und Bodens gesprochen und den Wunsch geäußert habe, daß die demokratische Partei die Bodenreform in ihr Programm aufnehmen möchte, hat den „Hamburgischen Correspondenten“, der meinen das Arbeitsrecht betreffenden Vorschlägen ja keineswegs ablehnend gegenübersteht, zu der folgenden Aeußerung veranlaßt (vergl. S. 14): „Wir halten es gar nicht für unmöglich, ja für wahrscheinlich, daß dies (die Aufnahme der Bodenreform in das Programm der Demokratie) im Laufe der nächsten Zeit wirklich geschieht, so daß wir dann zwei socialistische Parteien in Deutschland haben werden, eine, welche das Privateigenthum an Capital, d. h. an Productivgütern überhaupt, und eine gemäßigtere, welche nur das Grundeigenthum, als ein monopolistisches, abgeschafft wissen will etc.“ Das ist eine ganz irrige Auffassung meiner Ausführungen, eine Auffassung,

*) Das „Berliner Tageblatt“ findet auch, daß ich den politischen Tactiker Bismarck ganz und gar verkenne. Es mag das ja sein, jedenfalls aber verkenne ich ihn nicht in dem Sinne, in welchem das „Berl. Tgbl.“ dies meint. Im Gegentheil, dem Tactiker Bismarck traue ich es zu, daß er mit Fleiß seine Lärm machende Colonialpolitik inscenirt hat, um dadurch die Aufmerksamkeit des Publikums von der so gewaltig gewordenen socialpolitischen Bewegung abzulenken. So erkläre ich mir auch den Hohn, mit welchem er die Einführung eines Maximalarbeitstages zurückwies.

die auch Herr von Perfall zu haben scheint; denn er spricht von „socialistisch angehauchten Werken und Reden“ und meint, daß die von mir vorgeschlagene Socialreform, „wirklich ausgeführt, von selbst zum Socialismus führen müßte.“ Wieso? Was denn in aller Welt versteht man unter „Socialismus“? Von dem Socialismus im weiteren Sinne kann ja doch hier nicht die Rede sein; denn dazu gehören unsere sämtlichen öffentlichen Einrichtungen: die Gemeindeorganisationen, die Kreis-, Provinzial- und Staatsverwaltungen sind auf Gemeinbarkeit gegründet, d. h. socialistische Institutionen.

Anders ist es mit dem „Socialismus“ im engeren Sinne, der für gewöhnlich gemeint ist, wenn man von „Socialismus“ spricht. Darunter versteht man die auf Gemeinbarkeit beruhende Productionsweise. Ihr gegenüber steht die individualistische Produktionsart. Mit anderen Worten: in dem einen Falle handelt es sich um die Gütererzeugung von Staatswegen, also um Staatsbetrieb, in dem anderen Fall um die freie wirthschaftliche Bethätigung der einzelnen Bürger, also um Privatbetrieb. Die staatlichen Eisenbahnen, der staatliche Post- und Telegraphie-Betrieb sind, da mittelbar auch die Verkehrsmittel zur Production gehören, „socialistische“ Institutionen. Auch das staatliche Tabakmonopol ist natürlich eine „socialistische“ Einrichtung. Was mich anbelangt, so habe ich mich klar dahin ausgelassen, daß ich ein entschiedener Gegner des Staatsbetriebes bin, sofern es sich um unmittelbare Produktionszweige und um fiskalische Zwecke handelt. Ich bin ein Freund des Staatsbetriebs, soweit er im allgemeinen Interesse für das gesammte Verkehrsweisen in Betracht kommt, so für die Eisenbahnen, für die Post- und Telegraphie, für das Bankwesen und selbst für gewisse Zweige der Versicherung, z. B. für die Lebens-, Feuer- und Hagelversicherung. Die Staats- resp. Reichs-Unfallversicherung, wie überhaupt die Reichs-Arbeiterversicherung wird mir unter Umständen discutabel erscheinen. Damit hört's dann aber auch auf, weiter gehen meine „socialistischen“ Neigungen nicht. Jedenfalls kann nichts weniger „socialistisch“ sein, als das, was ich unter „Bodenreform“ verstehe: den Gemeinbesitz bei privatem Betrieb.

Wollte man im Staatsleben schon die bloße Gemeinbarkeit des Besizes „socialistisch“ nennen, so wäre diese Bezeichnung auch für die öffentlichen Straßen, Gewässer und Plätze, sowie für das gesammte Gemeindeeigenthum angebracht; ferner auch für den staatlich anerkannten Kirchenbesitz. Der staatliche Bergwerks- und Forstbetrieb ist ja allerdings „socialistisch“; aber bei dem letzteren kommen bekanntlich sanitäre Rücksichten in Betracht, wogegen der Staatsbetrieb in Bergwerken zweifellos entbehrt werden kann. Denn hier handelt es sich um unmittelbare Production (von Rohstoffen) und um fiskalische Zwecke. Diese Bergwerke sollten, ähnlich den Domänen, an geeignete Unternehmer zur Ausbeutung verpachtet werden.

Weit davon entfernt, „socialistisch“ zu sein, involvirt die vorgeschlagene Bodenreform im Gegentheil eine wesentliche Stärkung des Privatbetriebs in der Landwirthschaft. Der einzige Zweck dieser Reform besteht ja darin, die Behauer unserer Aecker von dem fürchterlichen Drucke zu befreien, welcher in der Gestalt des Rentenwesens, d. h. der bodenmonopolistischen Plusmacherei und Tributerhebung, heimlich schwer auf ihnen lastet. Weiß Jemand irgend einen anderen Weg, auf welchem man dieses Ziel erreichen kann, einen Weg, der minder radical ist, wie die Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden, so werde ich mich gern eines andern belehren lassen und auf das radicalere Mittel ohne Weiteres verzichten. Eines aber steht außer allem Zweifel, nämlich daß man, was das Verfügungsrecht des Einzelnen anbelangt, den Grundbesitz ganz anders wird behandeln müssen, als das Mobilareigenthum. Denn will man jenen auch weiterhin diesem gleich achten, so werden die unerläßlichen Beschränkungen, welche sich bei einer rationellen Neuordnung des Agrarrechts in betreff des Grundbesitzes von selbst aufdrängen müssen, mit unseren allgemeinen Rechtsbegriffen nicht vereinbar sein, womit Ursache zur Unzufriedenheit für weite Kreise gegeben sein würde.

Die absolut nothwendige Vorbedingung jeder vernünftigen Bodenreform ist, den Irrthum aufzugeben, daß Jemand über Grund und Boden in gleicher Weise eine souveräne Herrschaft ausüben kann, wie über bewegliche Güter. Es muß ein für alle Mal festgestellt werden, daß der Einzelne nur ein Recht der Nugnießung am Grund und Boden haben kann und sein Besitzrecht somit kein freies Verfügungsrecht involvirt. Ganz unbedingt wird demgemäß das Hypothekenrecht zu beseitigen sein; denn es wäre eine Ungereimtheit, wenn es statthaft sein sollte, daß Jemand ein Besitzthum belastet, welches ihm gewissermaßen nur als Lehen von der wirklichen Eigenthümerin, der Gesellschaft, überlassen wurde. Für die Ablösung der gegenwärtig auf dem Grundeigenthum lastenden Hypotheken hätten Staat und Gemeinde aufzukommen.

Consequenterweise wäre ferner auch das private Verpachtungssystem zu verbieten. Es würde eben nur Derjenige Grund und Boden besitzen dürfen, der ihn selbst bebaut oder aber auf eigene Rechnung bebauen läßt. Selbstredend müßte auch eine Maximalgrenze für den privaten Grundbesitz gesteckt werden, um der Latifundienwirthschaft zu steuern. Fügen wir noch hinzu, daß dem Bauern die Mittel, die er zu ernstlichen Meliorationszwecken bedarf, unter der Bedingung aus den öffentlichen Kassen gewährt werden, daß er für die also verbesserten Grundstücke eine entsprechend höhere, das angewandte Capital verzinssende Steuerquote entrichtet, — so würde mit diesen Vorschlägen vielleicht ein Weg angedeutet sein, auf welchem in der That ohne directe Aufhebung des privaten Besitzrechts am Grund und Boden

die Landwirthschaft von dem Rentenalsdrucke befreit werden könnte. Keine Hypotheken mehr, keine Pacht, überhaupt kein vom Aekersmann an einen Monopolisten zu zahlender Tribut mehr, Meliorationen aus öffentlichen Mitteln, keine Ladifundien, keine Fideicommissse und Majorate — wem das besser zusagt, als die directe Nationalisirung des gesammten Grundeigenthums, dem will ich diesen Vermittlungsgedanken gern zur weiteren Ausarbeitung überlassen. Ich glaube, daß er in der Sache fast zu demselben Ergebniß führen wird. Der einzige Unterschied wird der sein, daß unsere Landwirthe in diesem Falle „Grundbesitzer“ bleiben, während sie nach der Verstaatlichung resp. Communalisirung des Grundeigenthums Pächter des Staats resp. Gemeindelandes sind. In beiden Fällen würden sie außer ihren Abgaben (sei es nun Steuer oder Pachtzins) an Staat und Gemeinde mit weiteren Belastungen, als da sind Hypothekenzinsen, Pachttribut u., nicht mehr zu kämpfen haben. Sie hätten nur noch ihren Obolus zur Staats- und Gemeinde-Verwaltung zu entrichten, wären im Uebrigen aber die freien, uneingeschränkten Herren der Früchte des von ihnen bestellten Bodens. Die Drohnenherrlichkeit der Grundzins erhebenden Capitalisten und Majoratsherren wäre vorbei, die ehrliche Arbeit ledig der schmachvollen Fesseln, welche sie lange genug zum Jammer der Menschheit getragen hat. —

Noch ein anderer Vorschlag. Es hat unbedingt sein Bedenkliches, wenn die Staatsgewalt zu stark wird, wie das ja unter Umständen nach der Verstaatlichung des gesammten Grundeigenthums sein könnte. Wohlan, ich will annehmen, man habe mir diesen Einwand gemacht. Was nun? Ich lasse es ganz ununtersucht, ob der Einwand begründet ist oder nicht, gehe vielmehr von der Voraussetzung aus, er sei berechtigt. Geböte dann die Zweckmäßigkeit die Beibehaltung des privaten Eigenthumsrechts am Grund und Boden? Mit Nichten! Denn man kann absehen vom Staat, man kann es genug sein lassen an der staatlichen Monopolisirung der Verkehrsmittel. Man kann den Schwerpunkt in die, auf der Grundlage der freien, ehrenamtlichen Selbstverwaltung zu reformirenden Gemeinden verlegen, indem man das Grundeigenthum allgemein communalisirt, d. h. die Gemeinden zu Eigenthümern des ganzen, zu ihrem Bereich gehörenden Grund und Bodens macht.

Die Sache würde sich dann folgendermaßen ausnehmen. Nachdem die Gemeinden auf dem Wege der Ablösung resp. der Expropriation zu alleinigen Grundeigenthümern geworden, würde denen, die das Land bebauen oder bewohnen wollen, dasselbe von einer dazu gewählten Gemeinde-Commission auf bestimmte oder unbestimmte Zeit überwiesen. Die betreffenden Bürger würden damit factische Besitzer des ihnen zugetheilten Areals sein; aber sie würden dasselbe weder belasten noch veräußern können und wären gebunden,

die Besitz- oder Nutzungsbedingungen innezuhalten. Die beständen darin, daß sie den Boden in gutem Culturzustand zu erhalten und alljährlich der Gemeinde einen dem Werthe des von ihnen beackerten und bewohnten Areals angemessenen Tribut zu entrichten hätten. Unter normalen Verhältnissen würde dieser Nutznießungs tribut sich nach den öffentlichen (Staats- und Gemeinde-)Bedürfnissen richten und an die Stelle der gesammten heutigen Besteuerung treten. Es würde also Jemand, der nicht selbstständig, sei es als Landwirth, Industrieller, Kaufmann, Hauseigenthümer, irgend einen Theil des Gemeinde-Grund und Bodens in Benützung hat, zu den öffentlichen Lasten nichts beizusteuern haben. Die Erwerbsthätigkeit als solche würde nicht mehr tributär sein.

Die Kosten der Staatsverwaltung würden von den einzelnen Gemeinden aufgebracht, und zwar auf Grund einer von Zeit zu Zeit zu wiederholenden allgemeinen Einschätzung des von denselben occupirten Bodens. Die mittelbare Einwirkung auf den Staatshaushalt bliebe den Gemeinden durch die aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertretung.

Selbstredend würden für das Uebergangsstadium, für die Zeit bis zur Vollendung der Ablösung, welche möglicherweise durch Ausgabe unverzinslicher, allmählich einzulösender Gemeinde-Kassenscheine zu erfolgen hätte, die heutige Methode der allgemeinen Besteuerung — wenn natürlich auch in verbesserter Form (progressiv steigende Einkommensteuer) — theilweise beibehalten werden müssen. Man könnte durch Staatsgesetz das Tempo der Kassenschein-Einlösung gleichmäßig dahin regeln, daß für diesen Zweck alljährlich die Hälfte des Bodentributs verwendet werden müßte. Die aus der Communalisirung des Grundeigenthums hervorgegangenen Gemeinde-Kassenscheine würden Zwangseurs haben und auch von den Staatskassen in Zahlung genommen werden.

Man hat mich gefragt, was denn nach Aufhebung des privaten Eigenthums an Grund und Boden aus den Hausbesitzern werden würde. Nun, die bleiben einfach Hausbesitzer; denn die Häuser sind ja Producte menschlicher Arbeit und damit selbstverständlich auch Objecte des individuellen Eigenthumsrechts. Wer ein Haus besitzt, zahlt einfach für die Benützung des Gemeindebodens, auf welchem es steht, den dafür festgesetzten Tribut. Ebenso ist es mit industriellen und landwirthschaftlichen Gebäulichkeiten. Ja, wird man sagen, wenn also die großen Miethskasernen in den Weltstädten im Privatbesitz verbleiben, so wird an die Stelle des Besitzwuchers ein Häuserwucher treten, und nur in etwas veränderter Gestalt dauert der alte Krebschaden fort: der Hausbesitzer wird nach wie vor der alle Wohnungsconjuncturen ausnützende Schrecken der Gewerbetreibenden und kleinen Miether sein. Ich bestreite das, denn wenn es dem Hauseigenthümer auch nicht untersagt werden

kann, im Wege der Vermietung sein Besitzthum nutzbar zu machen*), so hat es dennoch die Gemeinde-Grundverleihungs-Commission (gemäß zu erlassender gesetzlicher Vorschriften) in der Hand, an die Bodenbenutzung geeignete Bedingungen zu knüpfen, durch welche dem Häuserwucher gesteuert werden kann. Andererseits sind die hohen Miethen vielfach auf wirklichen Wohnungsmangel zurückzuführen; diesem aber wird, sobald die freien Baupläze der privaten Speculation entzogen sind, schnell und leicht abgeholfen werden können. Die sociale Gefahr, welche sich aus dem Wohnungswucher auch nach Communalisirung des Grund und Bodens noch entwickeln könnte, ist somit ohne besondere Schwierigkeit zu beseitigen, zumal die Gemeinden selbst, im Falle der Noth, die Erbauung von Wohnhäusern dann viel leichter werden vornehmen können, als das heute sein möchte. Wie auch immer, es wird unnötig sein, die Aufhebung des privaten Eigenthums an Grund und Boden auf die darauf stehenden Gebäude — also auf Producte menschlicher Arbeit — auszudehnen. Höchstens würde es sich empfehlen, den Besitzübergang bei landwirthschaftlichen Gebäuden, im Falle ein Wechsel in den Nutznießern des zugehörigen Ackerlandes eintritt, in billiger Weise zu regeln, derart nämlich, daß man beiden Theilen gerecht wird, indem man der wucherischen Ausbeutung der Zwangslage des Einen durch den Andern in bestimmter Form vorbeugt. Genügen würde da schon die Bestimmung, daß, im Falle bei einem solchen Besitzwechsel eine Einigung über die Abfindungssumme zwischen den beiden Interessenten nicht erzielbar ist, auf Antrag eines derselben endgültig ein aus Sachverständigen zusammengesetztes Schiedsgericht die Entscheidung vornimmt.

Das ist in wenigen Worten eine Erläuterung dessen, was ich unter dem Schlagworte „Bodenreform“ verstanden wissen möchte. Es liegt mir wenig an der Art und der Beschaffenheit des anzuwendenden Mittels, nur auf die Wirkung kommt es mir an. Weiß nun Jemand, ich wiederhole das, ein besseres, practicableres Mittel, durch welches sich die Aufhebung der privaten Tributpflichtigkeit derer, die zu ihrer Productionsthätigkeit sich des absolut nothwendigen Grund und Bodens bedienen, einen zugänglicheren Weg, auf dem sich die sichere Beseitigung des Bodenwuchers erreichen lassen wird, so möge er damit öffentlich, heraustreten. Ich werde alsdann nicht verfehlen, die Propaganda für dieses andere, bessere Heilmittel meinen schwachen Kräften gemäß fördern zu helfen.

*) Der Miethzins ist kein Pachtzins. Der Pächter von Ackerland ist tributpflichtig für die ihm gewährte Arbeitsgelegenheit; er trägt allein das Risiko der von elementaren Kräften abhängigen Unternehmung. Der Miether einer Wohnung hat für eine bestimmte Zeit das Nutznießungsrecht an einer Sache gekauft, die das rechtliche Eigenthum eines Andern ist. Den Kaufpreis entrichtet er in vorher vereinbarten Raten.

Auszug aus den Pressstimmen

über

Demokratie und Bismarck.

Ein ehrliches Wort über das Recht auf Arbeit.



Die *gouvernemental* - „demokratische“ „*Staatsbürger-Zeitung*“ — und die *freiconservative* „*Post*“ secundirt ihr darin — sieht in dem Werke „einen schlagenden Beweis dafür, dass die Bismarck'sche Socialpolitik auch bei den enragirtesten politischen Gegnern desselben Anerkennung findet“. Die „*Staatsbürger-Zeitung*“ sucht diese ihre Auffassung in zwei Leitartikeln zu begründen; sie constatirt wiederholt ihre Uebereinstimmung in vielen Dingen mit den Ausführungen des Verfassers. Sie empfiehlt die Schrift „als eine geistreiche, interessante Arbeit“.

Die liberale „*Düsseldorfer Zeitung*“, welche „*Demokratie und Bismarck*“ in zwei Leitartikeln einer ausführlichen Beurtheilung unterzieht, nennt die Schrift ein „literarisch sehr geschickt geführtes und an geistreichen Bemerkungen durchaus nicht armes, von gründlichem Studium der Materie zeugendes Werk“.

Die nationalliberalen „*Hamburger Nachrichten*“ bringe eine Analyse der Arbeit und urtheilen wie folgt über dieselbe: „Das Buch . . . verbreitet dankenswerthes Licht über Fragen, die jetzt von Jedermann discutirt werden, deren Wichtigkeit und Tragweite aber nur von Wenigen recht verstanden und gewürdigt werden. Der in politischen und wirthschaftlichen Angelegenheiten bestens unterrichtete Verfasser, zugleich ein patriotischer und menschenfreundlicher Mann, bestrebt sich, in den Auseinandersetzungen und Beweisführungen seines Buches das noch schwebende Dunkel zu lichten und herrschende Zweifel zu beseitigen, was ihm nach unserer Ansicht gut gelingt. Wir stehen deshalb nicht an, zum Lesen des Buches dringend anzurathen.“

Der *freiconservative* „*Hamburgische Correspondent*“ (in seiner Beilage: „*Zeitung für Literatur, Kunst und Wissenschaft*“) erwähnt die politischen Verfolgungen, welche Gilles seitens des Fürsten Bismarck erduldet hat und meint dann: „Trotz dieser Vorgeschichte tritt er in der vorliegenden Schrift keineswegs feindselig gegen Bismarck auf.“ Im übrigen unterzieht das Blatt die Arbeit einer eingehenden Besprechung; indem es ihr eine ernste Bedeutung beimisst, spricht es die Ansicht aus, dass dieselbe zu einer gewissen Modification unseres Parteilebens beitragen werde.

Das deutschfreisinnige „*Hamburger Fremdenblatt*“ äussert sich so: „Der Verfasser, der sich schon durch viele politische und namentlich socialpolitische Schriften einen bekannten Namen gemacht hat, plaidirt in diesem Werke mit Geist und grosser Gelehrsamkeit für die naturgemässe und rechtmässige Erfüllung des tiefgefühlten Wunsches des Rechts auf Arbeit. Er ist der Meinung, dass dies nur durch Beseitigung der römischen Rechtsgrundsätze aus unserem Wirthschaftsleben und durch Rückkehr zu dem altbewährten deutschen Arbeitsrecht möglich ist. Die Schrift ist sehr lesenswerth und instructiv, wenn auch der Leser in manchen Dingen dem Verfasser nicht ganz folgen können. Jedenfalls ist die Frage des Rechts auf Arbeit jetzt so actuell, dass Jeder sich mit derselben beschäftigen und nicht die weitere Ventilation derselben lediglich der Regierung überlassen sollte. Herr Gilles deducirt seine Forderungen aus durchaus liberalen und freisinnigen Gesichtspunkten.“

„Wenn wir auch,“ — schreibt die deutschfreisinnige „*Nordhäuser-Zeitung*“ — „mit vielen in dieser Broschüre niedergelegten politischen und socialen An-

schauungen nicht übereinstimmen können, so ist die aufmerksame Lectüre dieses mit vieler Sachkenntniss und grossem Freimuth geschriebenen Werkchens doch Jedem anzuempfehlen, der sich für eine gedeihliche Lösung der socialen Frage interessirt; er wird immerhin Manches daraus lernen können und angespornt werden zum weiteren Studium dieser wichtigen Frage, wie überhaupt zum rüstigen Fortarbeiten auf dem socialen Gebiet, das heutzutage eine patriotische Ehrenpflicht jedes einsichtsvollen Staatsbürgers sein sollte.“

„Tilsiter Zeitung“ (deutschfreisinnig): „... Wir empfehlen das gut geschriebene Buch, zu dessen Aufstellungen und Folgerungen wir uns selbstverständlich negativ verhalten, der Beachtung der Leser, da es spannend Zeitfragen in scharfer Beleuchtung logisch zu entwickeln weiss.“

Der demokratische „Alb-Bote“ nennt die Schrift „eine höchst interessante, die wichtigsten Seiten der socialen Frage beleuchtende Lectüre“, eine Schrift, „welche für Freund und Gegner der Anschauungen des Verfassers gleich lesenswerth ist“.

Der nationalliberale „Rheinische Kourier“ kennzeichnet das Werk als einen „interessanten Beitrag zur neueren socialpolitischen Literatur“.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Diese Schrift ist für dasjenige gebildete Publicum, das sich nicht berufsmässig mit der Socialpolitik zu beschäftigen hat, eine sehr belehrende, da sie nicht blos das Material der gegenwärtig schwebenden socialpolitischen Fragen in thunlichster Ausführlichkeit behandelt, sondern auch die Stellung der einzelnen Parteien zu denselben charakterisirt und zur kritischen Beurtheilung anleitet. Das erste Kapitel erörtert die Grundbegriffe des Lohngesetzes und der Bevölkerungs- und Rententheorie; das zweite die wirthschaftlichen Programme unserer Parteien; das dritte die Bismarck'sche Socialpolitik; das vierte die Bismarck'sche Anerkennung des Rechts auf Arbeit; das fünfte giebt eine historisch-rechts-philosophische Studie über das Recht auf Arbeit; das sechste erörtert die Frage des Bodenmonopols, und das siebente und letzte bringt demokratische Reformvorschläge. Der Verfasser steht im Allgemeinen auf dem Standpunct der deutschen Volkspartei, obgleich er derselben, so viel wir wissen, formell nicht angehört; er wendet sich aber vorzüglich an die „Demokraten und Freisinnigen“ des Nordens, die er auffordert, dem öden Manchesterthum, dem sie verfallen sind, zu entsagen und, entsprechend dem Programm der deutschen Volkspartei, eine vernünftige Socialpolitik zu treiben. Die Bestrebungen des Fürsten Bismarck auf diesem Gebiete erkennt er an, aber er warnt zugleich davor, die sich anbahnende Socialgesetzgebung zu einer Waffe der bureaukratischen Staatsallmacht auszuwaschen zu lassen. Die Schrift ist frisch, klar und lebendig geschrieben; sie ist also keine schwere Lectüre. Wir wünschen ihr von Herzen den besten Erfolg.“

Die nationalliberale „Neue Würzburger Zeitung“ bringt eine anschauliche Uebersicht von dem Inhalte des Werkes und schliesst dann so: „Arbeitsrecht und Bodenreform“, — auf Grundlage dieser sich gegenseitig bestimmenden Forderungen denkt sich Gilles die Bildung der modernen Demokratie möglich, die mit besserem Erfolge als die preussische Fortschrittspartei und als deren deutschfreisinnige Nachfolgerin die Erbschaft Waldeck's antreten würde. Die interessanten Ausführungen sind vielfach belegt durch Bezugnahme auf die Schriften von George, der Flürschheim'schen Schrift „Auf friedlichem Wege“, dann auf die Janssen'sche Darstellung der Geschichte des Mittelalters, aus welcher Gilles deducirt, dass das Mittelalter das Bodenmonopol nicht gekannt habe, sowie auf die neueren, die Socialfrage behandelnden Arbeiten Dr. Franz Stöpels, Dr. Stolps, Hitze's, des bekannten ultramontanen Socialpolitikers, auf die Haider Resolutionen. Die Gilles'sche Schrift, über welche wir vorstehend lediglich referirend berichteten, verdient gerade gegenwärtig, wo die socialen Fragen die ganze innere Politik beherrschen, bei allen am öffentlichen Leben Theilnehmenden volle Beachtung. Auch wir empfehlen sie zur Lectüre, wenn wir auch die Schlüsse des Verfassers nicht für gerechtfertigt halten und die Möglichkeit der Erhaltung des Privatbetriebs bei der Nationalisirung von Grund und Boden deshalb ausgeschlossen halten, weil das Interesse der Gesamtheit an ihrem werthvollsten Besitz, an der richtigen Instandstellung desselben zu einer zwangsweisen Vertheilung und Durchführung der Bodenarbeit führen müsste.“

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (freiconservativ:) „Fürst Bismarck hat das Recht auf Arbeit anerkannt, aber nicht gesagt, was er darunter verstanden wissen will. Es lohnt sich somit, einmal zu untersuchen, was unter diesem Rechte

logischerweise verstanden werden muss. Das unternimmt Ferdinand Gilles in einem jüngst unter dem Titel „**Demokratie und Bismarck**. Ein ehrliches Wort über das Recht auf Arbeit“ erschienenen Buche. In einem Rückblick auf die Nationalökonomie der letzten hundert Jahre zeigt Verfasser, dass diese der Arbeitsfrage gegenüber im grossen ganzen nur auf Adam Smith's Lohngesetz, auf Malthus' Bevölkerungstheorie und Ricardo's Rentenlehre hinzuweisen gewusst und die vorhandenen Missverhältnisse damit als naturgemässe darzustellen versucht hat. Auch von den politischen Parteien ist bisher nur äusserst wenig auf diesem Gebiete geschehen. Die einen befinden sich immer noch auf dem Standpunkte des Geschehenlassens, während die anderen das Uebel mit verkehrten Mitteln angreifen. Eine lebhaftere und eingehendere Beachtung wird der Arbeitsfrage neuerdings infolge der Inauguration der Bismarck'schen Socialpolitik zu theil. Diese nun ist ihrem Kerne nach eine officiële Anerkennung der socialen Schuld. Was nun ist das Recht auf Arbeit? Das Recht auf Arbeit ist ein Naturrecht; es ist das Recht auf eine menschenwürdige Existenz, die eben nur durch Arbeit begründet werden kann, weshalb es Aufgabe des Staates ist, über die wirthschaftlichen Verhältnisse zu wachen, auf dass diese eine gesunde Grundlage für die vernunftgemässe Sicherung der Subsistenz eines jeden Erwerbsfähigen bilden. Das nun muss bewerkstelligt werden durch die Beseitigung der römischen Rechtsgrundsätze aus unserm Wirthschaftsleben und durch Rückkehr zu dem altbewährten deutschen Arbeitsrecht. Die Ausführungen des Verfassers über diese Frage sind von grossem Interesse, weshalb wir das Buch jedermann empfehlen können.“

Die nationalliberale „**Elberfelder Zeitung**“ schreibt u. a. wie folgt: „Der bekannte Verfasser ist Demokrat. „In der Fortschrittspartei hatten wir zur Noth noch Platz, in der deutschen freisinnigen Partei nicht mehr.“ Damit ist seine Parteilichkeit gekennzeichnet. Das „Wort“, das er spricht, beweist die „ehrliche“ Herkunft, indem es in wichtigen Dingen auf dieselben Ergebnisse hinauskommt, wie überhaupt jede ehrliche, stoffliche Behandlung in socialen Fragen. Daher wird das Buch, obschon in ihm viele „demokratische“ Weitläufigkeiten mit in den Kauf genommen werden müssen, einem jeden, welcher für die socialpolitischen Probleme sich interessirt, anempfohlen. . .“

„**Rhein- und Wied-Zeitung**“ (clerical): „Ferdinand Gilles, der bekannte ehemalige Herausgeber der „Freisinnigen Correspondenz“, hat in neuester Zeit seiner früheren der Lösung der so wichtigen Arbeiterfrage gewidmeten Broschüre eine neue umfangreichere unter obigem Titel folgen lassen. Den wichtigsten Theil des Werckens bilden das 5. und 6. Kapitel: Das natürliche Recht auf Arbeit und das Bodenmonopol. Mag man auch den Ansichten des Verfassers und den von ihm entwickelten Ideen nicht vollständig beistimmen, so wird doch jeder mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des geistreichen Verfassers folgen.“

„**Dresdener Nachrichten**“ (nationalliberal): „Eine lebhaftere und eingehendere Beachtung wird der Arbeitsfrage neuerdings in Folge der Inauguration der Bismarck'schen Socialpolitik zu theil. Was unter Recht auf Arbeit zu verstehen sei, wird in der vorliegenden Schrift ausführlich behandelt. Sie soll beitragen, das Verhältniss des Fürsten Bismarck zu jener demokratischen Forderung rechtlich klar zu stellen. Je nach seinem socialpolitischen Standpunkt wird der Leser den in dieser interessanten und gründlichen Schrift niedergelegten Gedanken entweder zustimmen oder entgegenzutreten.“

In empfehlender Weise haben ferner über die Schrift referirt: „**Augsburger Postzeitung**“, „**Münchener Fremdenblatt**“, „**Nürnberger Anzeiger**“, „**Pfälzer Zeitung**“, „**Nordpfälzische Bürgerzeitung**“, „**Neues Tageblatt**“ (Stuttgart), „**Frankfurter Journal**“, „**Geldernsches Wochenblatt**“, „**Haltinger Zeitung**“, „**Potsdamer Zeitung**“, „**Insterburger Zeitung**“ u. v. a.

Auch im Auslande hat das Werk Beachtung gefunden. So giebt der ministerielle „**Pester Lloyd**“ übersichtlich den Ideengang desselben wieder und empfiehlt es „der Aufmerksamkeit aller Freunde der Socialwissenschaft“.

Der freisinnige „**Schweizerische Volksfreund**“, der sich in allen Punkten mit dem Inhalt von „**Demokratie und Bismarck**“ ganz einverstanden erklärt, schreibt u. A.: „Die sociale Frage berührt die Volksmassen immer mehr und es wird aller-

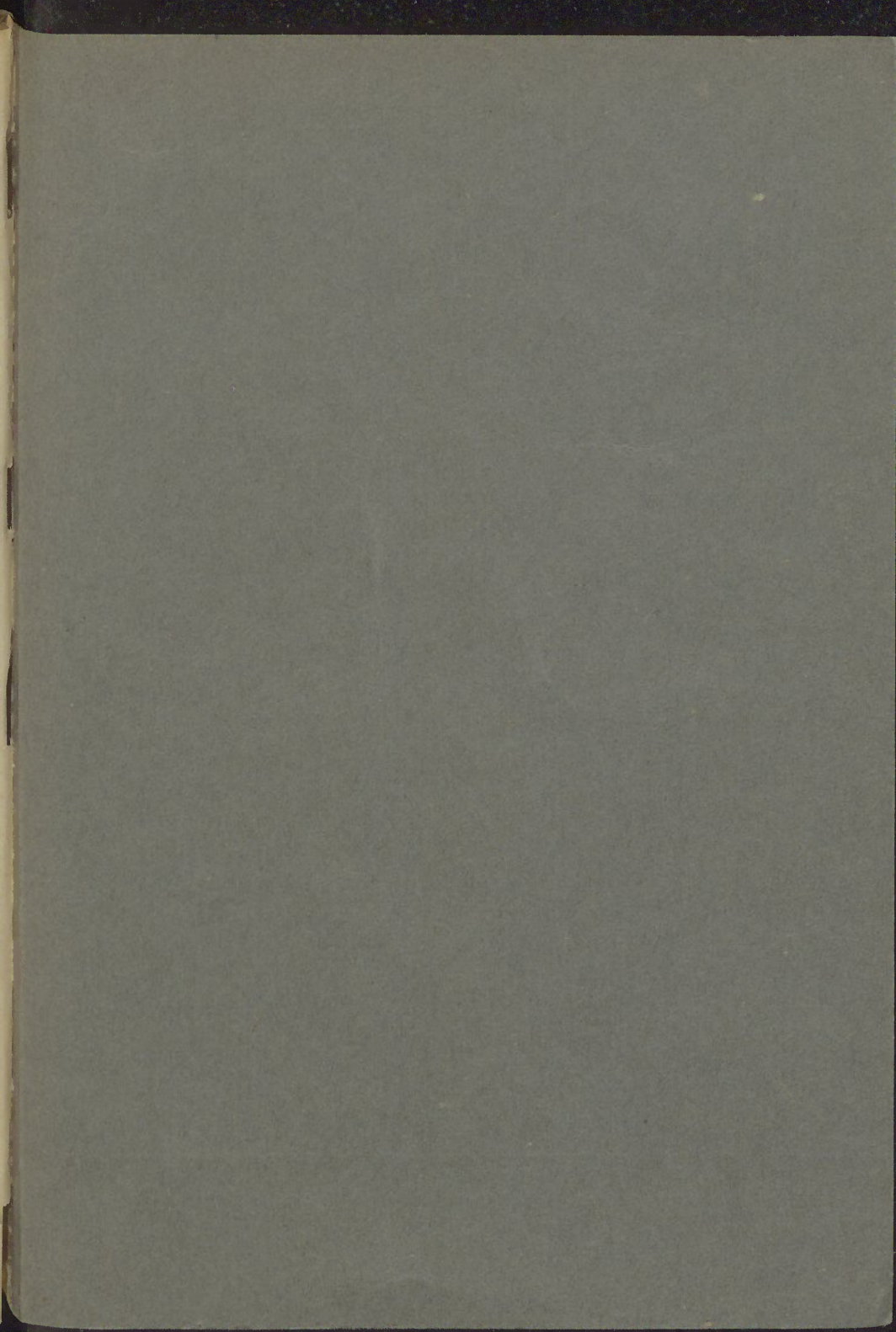
orten als heilige Pflicht erkannt, dem Rufe des Volkes nach durchgreifenden Reformen das Ohr nicht zu verschliessen . . . F. Gilles, der volkswirtschaftliche Schriftsteller, dem wir schon mehrere anerkennenswerthe Werke verdanken, hat in dieser Schrift die Frage des „Rechtes auf Arbeit“, so beleuchtet, wie sie eben die stets fortschreitenden socialen Ideen erfordern . . . Der Inhalt des Gilles'schen Werkes sollte von jedem Staatsmann und Bürger studirt werden und der Spruch „Prüfet Alles und das Beste behaltet“ sollte hier mehr als je praktisch angewendet werden. Das Buch ist nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa gemünzt, ist ja doch die Socialpolitik eine Frage von allgemeiner, ja universeller Bedeutung, die, komme es, wie es wolle, einer mehr oder minder befriedigenden Lösung entgegengehen muss . . .“

„La Capitale“, ein in Rom erscheinendes demokratisches Blatt, constatirt, dass „Demokratie und Bismarck“ „seit einiger Zeit in Deutschland grosses Aufsehen macht, weil es sehr viele wichtige Seiten der inneren Politik Bismarck's blosslegt“. Nach einer kurzen Biographie des Verfassers heisst es dann weiter: „Aber wenn schon vom politischen Standpunkte aus sehr wichtig, so ist das Buch nicht weniger wichtig auch in literarischer und wissenschaftlicher Hinsicht. Die freisinnigen Blätter Deutschlands und anderer Nationen sprechen davon. Es dürfte daher am Platze sein, dass man es auch in Italien, wo man der socialpolitischen Bewegung des deutschen Volkes mit so viel Interesse folgt, kennen lerne. Wir werden uns ein anderes Mal den Raum gestatten, um uns ausführlicher mit diesem letzten Werke von Ferdinand Gilles zu beschäftigen, und wir hoffen den Lesern der „Capitale“ damit einen Dienst zu erweisen.“

„Il Fascio della Democrazia“ (Rom): „Demokratie und Bismarck“ ist ein hochpolitisches Buch, geschrieben von einem der bekanntesten deutschen Literaten und Publicisten. Gilles, dem jüngst von Bismarck ein Process angehängt wurde, der in Deutschland grosses Aufsehen erregte, unterzieht die Frage der Demokratie und deren Kampf gegen den deutschen bureaukratischen Terrorismus einer Untersuchung. Er bringt das Manöver in's Licht, welches Bismarck angewandt hat, um die Reihen der Demokraten (Freisinnigen?) bei der letzten Wahl zu verwirren und seine conservativen Freunde triumphirend aus der Urne hervorgehen zu lassen. Kein Mittel wurde von dem deutschen Kanzler verschmäht, um die Socialdemokraten an sich heranzuziehen, indem er denselben begreiflich machte, welche Vortheile ihnen aus einer Allianz mit ihm erwachsen würden. Der Plan wurde indessen zu Wasser; die Socialdemokraten stimmten, wie bekannt, in geschlossenen Schaaren für ihre eigenen Candidaten und errangen einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg. Beängstigt von dem beständigen Wachsthum der Socialdemokratie in Deutschland kommt Bismarck jetzt mit Projecten, um die Lage der Arbeiter zu verbessern und stellt eine Modification des Socialistengesetzes in Aussicht. Aber auch das alles ist, wie Gilles sehr geschickt darthut, ein Manöver, dem gegenüber die deutsche Demokratie sich wird vorsehen müssen. Diese jüngste Arbeit des berühmten deutschen Publicisten hat das grösste Interesse erweckt, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, überall da, wo es eine sociale und demokratische Frage giebt. Wir sind sicher, dass das Gilles'sche Buch auch in Italien die Beachtung finden wird, auf welche es ein gutes Recht hat.“



Druck von Beck & Schirmer in Leipzig.





206\$01467263